

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Hg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. — Vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, einschließlich Ausland. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Freigasse 22, sowie die Hauptstellen in allen Teilen des Reichs; in Preußen die dortigen Hauptstellen und in den benachbarten Ländern und im Ausland die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Hg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Hg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Hg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Hg. für lokale Kleinanzeigen; 2 Hg. für auswärtige Kleinanzeigen. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Kundgeber: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichtetem Lager und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Mittwoch, 18. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 81. • 62. Jahrgang.

## Zum Schutze der Jugend!

Der vom Bundesrat angenommene Gesetzentwurf über den Schutz der Jugend gegen sittliche Gefährdung durch Wort und Bild will, um die Kunstausstellungen und die öffentlichen Standbilder nicht zu treffen, das Verbot der „sittlich gefährdenden Zurschaufstellung von Schriften, Bildern und Darstellungen“ in die Gewerbeordnung einfügen. Man erinnere sich des vielumstrittenen Schaufenster-Paragrafen der Reg. Heinze, wie er seinerzeit vom Reichstag in dritter Lesung bereits angenommen war: „Mit Gefängnis u. u. wird bestraft, wer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, die, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen, zu geschäftlichen Zwecken an öffentlichen Straßen, Plätzen oder an anderen Orten, die dem öffentlichen Verkehr dienen, in Argernis erregender Weise ausstellt oder anhängt.“ Das war von Hause aus keine Schutzvorschrift für die Jugend, sondern aus geschwehenermaßen eine Vorschrift zur „Wahrung des öffentlichen Schamgefühls und des öffentlichen Anstandes“; damit konnte man sich nicht befremden, und es ist gut, daß jene Bestimmung nicht Gesetz geworden ist. Der juristisch-technische Fortschritt ist in der jetzigen neuen Gesetzesvorlage unverkennbar. Sie übertrifft nicht mehr mit dem Begriffe der „gröblichen Verletzung des Schamgefühls, der in unserem § 184a StGB. immer noch soviel Kopfzerbrechen macht, sondern zielt jetzt gegen die sittliche Gefährdung der Jugend, und damit wird in der Rechtsprechung und in der Verwaltungstätigkeit der Polizei schon eher etwas anzufangen sein.

Die sittliche Gefahr, die durch das neue Gesetz, dessen Wortlaut dem Reichstag demnächst in der Bundesratsfassung zugehen soll, zu bekämpfen wäre, liegt in der öffentlichen Zurschaufstellung von Abbildungen und Bildern, die durch vorfällige Vermeidung des absolut Obzönen das Gesetz zu umgehen suchen, aber trotzdem durchaus Schmutz sind und deren Vertrieb lediglich auf das Erwerben der erotischen Neugier bezieht. Welche Verurteilung haben die „Kleinen Liebesblätter“, „Sext“, „Satyr“, „Klirt“ usw., die in kleinen Geschäften, Chaiselongue-Geschäften, Geheimnissen, Bibliotheken, Feine Savanna, Was man nicht laut erzählt, Feigenblatt, Liebesabenteuer, Aus dem Kampf der Großstadt usw. mit ihren unreife Gemüter aufreizenden Titeln und Titelbildern. Wenn irgend etwas die Jugend vergiftet, so sind es diese Bändchen, die 10 Pfennig, antiquarisch am Bücherwagen gar nur 3 bis 5 Pfennig kosten und die von den Kindern, Knaben und Mädchen, gelesen, verschlungen werden. Es besteht kein Zweifel, daß das neue Gesetz diesen Nachwerken, die absolut nicht die geringste Existenzberechtigung haben, den Garauz bereitet. Wer sollte sich für ihr Weiterbestehen einsetzen und was vermag man für ihr jämmerliches Dasein für Gründe anzuführen? Tragen diese Literaturzeugnisse auch nur das Geringste zur Hebung des Geschmacks, der Bildung, der Erkenntnis bei?

Der Bundesrat scheint sich dieser Wirkung bereits bewußt zu sein. Denn in den offiziellen Vorankündi-

gungen, von denen wir in der Dienstag-Abendausgabe Kenntnis nahmen, wird als natürliche Folge des Verbots der Zurschaufstellung von anstößigen Druckschriften, Abbildungen und Darstellungen vorausgesetzt: eine Verminderung der Kauf- und Schaulust der Jugend und damit ein Rückgang in der Herstellung, im Vertrieb und in der sonstigen Darbietung, so daß die Erwartung gerechtfertigt erscheine, daß die Vorlage auch in der vorgesehenen Beschränkung — jedoch im Verein mit strenger Überwachung des Hausierhandels, der Ortskolportage und des Straßenhandels, wofür ein entsprechendes Verbot nach § 56 Nr. 2 und § 42a der Reichsgewerbeordnung besteht — zu dem gewollten Ziele, dem Schutze der Jugend vor literarischem und bildnerischem Schmutz, führt. Der Kampf, der mit dem neuen Gesetz gegen den Schmutz in Wort und Bild geführt werden soll, wird sicherlich Bundesgenossen in allen Rägern der Weltanschauung, der Kunst und der Politik finden, wenn es dem Reichstag gelingt, den Gesetzesentwurf so abzufassen, daß der Protest und das Mißtrauen der Künstlerwelt fernbleibt. Worauf es ankommt hat einer unserer größten Künstler, der greise Karlsruher Maler Hans Thoma, einmal in einem Briefe an den Münchener Staatsanwalt Dr. Ludwig Kemmer sehr fein dargelegt: „Wäre einer die Naturkraft, welcher der Mensch willenlos unterworfen ist, heilig oder lüsternd oder gemein betrachtet oder nennen, er hat die Verpflichtung, dies Allpersönliche oder vielleicht richtiger dieses Allergemeinschaftliche als sein Geheimnis zu bewahren; jeder anständige Mensch tut dies auch. Deshalb ist jünische Veröffentlichung erotischer Vorkommnisse in Wort und Bild nicht existenzberechtigt, und wo sie in unserer Zeit so leicht durch Photographie herzustellen und zu verbreiten ist und dadurch ohne jeden künstlerischen Wert in die Hände unserer Jugend gelangt, als volksverderbend zu bekämpfen.“ Die anonymen Urheber und Verbreiter der Schmutzbilder und Schmutzliteratur mit erotischer Färbung zu Schanden stellen und weder Künstler noch Schriftsteller, sondern Spekulanten auf die niedrigsten Instinkte der Menschen. Wenn der Gesetzgeber diesem Schmutze endlich einmal das Handwerk legt, ohne die Kunst zu fördern, hat er eines der wichtigsten sittlichen Probleme unserer Zeit gelöst.

## Die deutsch-nationale Bedeutung der Missionsarbeit.

Von Missionsinspektor Witte, Berlin.

Die höchsten Aufgaben der Missionsarbeit sind religiöse: es gilt, den fremden Völkern aus ihren Nöten herauszuhelfen durch die Segnungen des Christentums. Auch die großen Völker Ostasiens, China und Japan, erkennen heute den großen Segen der Missionsarbeit offen an, ihre Regierungen sehen die Arbeit der Mission gern. Die deutsch-evangelischen Missionsgesellschaften haben Missionare in vielen Ländern der Erde und bieten viel Gutes zur Hebung der nichtchristlichen Völker.

Die deutschen Missionare bleiben natürlich auch in der Ferne sich ihres Deutschtums bewußt und sind Pioniere

des Deutschtums schon durch ihr bloßes Dasein. Man fragt sie nach ihrer Heimat, sie rühmen sie. Sie haben in ihren Häusern deutsche Kaufmannswaren, eine Nähmaschine, ein Fahrrad, Kochgeschirre und andere Dinge. So lernen die fremden Völker deutsche Waren und deutsche Firmen kennen und sie bestellen sich dann oft genug auch Waren von diesen deutschen Firmen. Gern vermittelt der Missionar die Bestellung.

Aber er tut noch mehr als das. Unter den fremden Völkern herrscht heute ein großes Verlangen nach Bildung, nach europäischem Wissen. Schulen sind sehr begehrt, auch Unterricht für Erwachsene. Besonders in China und Japan ist das Verlangen sehr stark. Die Mission kommt diesem Verlangen gern entgegen. So unterhält der Allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein in Tsingtau große höhere Lehranstalten für chinesische Knaben und Mädchen. In Japan hat er seit 30 Jahren Abendschulen in Tokio und Kioto, in denen zahlreiche Professoren, Ingenieure, Ärzte, Lehrer und Studenten die deutsche Sprache lernen. Die Mission hat von diesen Schulen auch für ihre religiösen Aufgaben Gewinn. Denn sie kommt dadurch mit vielen Menschen in freundschaftlichen Verkehr und kann ihnen dann auch das Christentum nahe bringen.

Alle diese Glieder der fremden Völker, die durch die Mission die deutsche Sprache kennen gelernt haben, lesen natürlich gern weiter deutsche Bücher, gewinnen Hochachtung vor Deutschland, werden Freunde Deutschlands und fühlen, wenn sie nach Deutschland kommen und unsere Sprache kennen, sich auch bei uns wohl. Viele Japaner und mehr und mehr auch Chinesen kommen in unserer Zeit nach Deutschland, aber viele von ihnen können, wenn sie in Deutschland ankommen, nicht ein einziges Wort Deutsch. Da können sie natürlich bei uns nicht viel lernen, sie fühlen sich unbehaglich, und oft reisen sie dann nach kurzer Zeit weiter nach England. Denn Englisch verstehen und sprechen sie. Denn die englische Sprache wird auf der ganzen Welt gelehrt, gelernt und gesprochen. Genau wie die deutschen Missionare die deutsche Sprache, verbreiten die englischen und amerikanischen Missionare die englische Sprache. Und da es viel mehr englische und amerikanische Missionare gibt als deutsche, so wird die englische Sprache eben viel weiter bekannt. In China arbeiten z. B. rund 5000 englische und amerikanische Missionare und nur 234 deutsche. In den Schulen der ersteren werden rund 100 000 chinesische Schüler unterrichtet, in den deutschen Missionschulen nur 5000. Die angesehenen und reichen Kreise Englands und Amerikas haben die hohe Bedeutung der Mission für die Ausbreitung ihrer Sprache und Kultur längst erkannt und unterstützen ihre Missionsgesellschaften mit reichen Geldmitteln. Die deutsche Mission würde gern mehr Schulen gründen und noch mehr für das Deutschtum tun, aber ihr fehlen die Mittel dazu. Es ist höchste Zeit, daß auch in Deutschland die weiten großen Volkskreise erkennen, welche hohe Bedeutung die deutsche Mission in den fernsten Ländern für die Verbreitung des Deutschtums hat. Es ist hohe Zeit, daß man der deutschen Mission größere Mittel spendet, damit sie ihre großen Ausgaben großzügig und wirkungsvoll erfüllen kann.

Die bisherigen Leistungen der deutschen Mission für das Deutschtum rechtfertigen diese Bitte durchaus. In unseren afrikanischen Kolonien ist die weitaus überwiegende Anzahl der bestehenden Schulen Missionschulen. In Kantschow gab es bis vor drei Jahren nur eine höhere Lehranstalt für chinesische Knaben, das war das nach heute blühende deutsch-

## Michelangelo im Spiegel der Jahrhunderte.

Zu seinem 350. Todestag, 18. Februar, von Dr. Paul Landau.

Michelangelo ist heute mit Rembrandt der gefeiertste und berühmteste Meister der Kunstgeschichte. Mit keinem beschäftigt sich die Forschung so eingehend und in so enthusiastischer Weise, wie mit ihm. Vier große biographische Werke, darunter die reise und tiefinnige Altersarbeit des genialen Karl Justi und das sechsbandige Standard-Werk von Henry Thode, sind ihm im letzten Jahrzehnt gewidmet worden; eine prachtvolle kostbare Ausgabe seiner Handzeichnungen legte den Schlüssel zu den Mäßen seiner Kunst in viele Hände, und eine ganze Michelangelo-Philologie ist entstanden, die jedes Detail im Leben des Genialen aufdecken unternimmt. Diese Verehrung, die den großen Florentiner über alle anderen Genies erhöht und bei der 350. Wiederkehr seines Todestags in vollster Blüte steht, ist verhältnismäßig jungen Ursprungs. Sie beginnt mit der Feier seines 400. Geburtstags im Jahre 1875, als endlich seine Briefe und andere Dokumente seines Lebens hervortraten und ein genaues Studium seines Persönlichen erst ermöglichten, und steigerte sich, als in der modernen Kunst ein Nachfahre des Meisters, Rodin, seine triumphale Überwindung wie Beethoven und Michelangelo das höchste Wunder des Genies erblickt. Vorher hatte jedoch das höchste Wunder des Genies erblickt. Vorher hatte jedoch das höchste Wunder des Genies erblickt. Vorher hatte jedoch das höchste Wunder des Genies erblickt. Vorher hatte jedoch das höchste Wunder des Genies erblickt.

verliehen seinen besten Söhnen fast göttliche Ehren. Wenn Ariosto von ihm schrieb: „Er ist der Fürst der Bildhauerei und Malerei. Die Welt hat viele Könige, aber nur einen Michelangelo.“ Es ist ein Geschenk, in seinen Tagen geboren zu sein, so drückte er, trotzdem es ein Schmeichel und Beilebte war, nur die Anschauung seiner Zeit machtvoll aus. Cellini nannte sein Werk „die Schule der Welt“, und wirklich wurde die ganze Kunst nach ihm in seinen Mann gezogen. Die vorher und nachher ist ein einzelner Künstler so zum „Schicksal der späteren Zeit“ geworden: Der Barockstil ist sein Werk, und in der Wertung der Nachwelt hat er dann für seine Schule büßen müssen, indem man ihn für alle ihre Entartungen verantwortlich machte. Die Zeitgenossen gaben dem Meister den seltenen Beinamen „Michelangelo der Größe“; noch häufiger aber begegnet man einem anderen Epitheton: „il terribile“, das ihm zuerst Papst Leo X. 1520 beigelegt hat. Wir dürfen dies Wort, das man seit Vasari und Lomazzo immer wieder auf die Kunst Michelangelos angewandt hat, nicht etwa mit „schrecklich“ übersetzen. Es ist viel eher ein Ausdruck der Bewunderung und soll den ungeheuren, überwältigenden, dämonisch grandiosen Eindruck seiner Werke bezeichnen. Doch lag in dieser „Terribilità“ immerhin ein Reiz des Tüfels, der sich zu den merkwürdigsten Verdrängungen des Künstlers entwickeln sollte. Ruhte das Auge eines langentenen Geistes auf den Gestalten der Mediciapelle, dann konnten so herrliche Gedichte entstehen, wie Miktons „Allegro“ und „Penseroso“. Der gewöhnliche Reisende aber erzählte die tollsten Geschichten von dem Schöpfer dieser fremdartig gewaltigen, ganz unirdisch anmutenden Figuren. Der Reisende Joh. G. Rechter, der um 1740 die Lebenswürdigkeiten Italiens dem gebildeten Publikum schilderte, und dessen Geschmacksurteil für die Zeit bezeichnend ist, erzählt von Michelangelo, der „durch die Peterskuppel am berühmtesten“ und „dem großen Raphael keines-

wegs an die Seite zu setzen“ sei, er habe, „um den gekreuzigten Christus desto besser auszudrücken, einen armen Kerl mit großer Unarmherzigkeit gekreuzigt“, und in solcher Marter, nachdem er ihm etliche Schläge an den Kopf gegeben, sterben lassen.“ So war dieser Geist voll edelster Menschlichkeit, an den sich freilich schon zu seinen Lebzeiten die Verleumdung heftete, in der allgemeinen Vorstellung zum grausamen Verbrecher herabgesunken, und in seiner Kunst sah man „etwas Wüßtes und Wildes, so dem schlechten Geschmack sehr Vorwurf gezeigte“.

Das verzerrende, der Natur entfremdete und nur die elegante Grazie liebende Empfinden des Rokoko war der urtümlichen Höhenkunst des Meisters weitentfernt. Das zeigen die Urteile der maßgebenden Kritiker und Künstler. Die französische Encyclopädie findet sehr viele Fehler in seiner Zeichnung und Unwahrheit in seinen Formen; der Bildhauer Falconnet nennt ihn eintönig und geschmacklos; wenn man ein Werk von ihm kenne, kenne man alle. Der Maler Raphael Mengs, der auch in seiner Kunst seinen Namensteller über alles stellt, tadelt die Muskeln von Michelangelos Figuren wegen ihrer zu starken Spannung, sieht in den späteren Werken „nicht einwandfreie“ Formen und „Abnormitäten“. Hier ist es schon eine neue Anschauung von der Antike, die mit Staunen und Mißfallen einen Gegensatz zwischen Michelangelo und dem Griechentum aufstellt. Wie er selbst die Alten als seine einzigen Lehrer, sich selbst als ihren „ewigen Schüler“ betrachtete, so hatte man auch bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts nichts Trennendes zwischen beiden gesehen. Nun entstand jener Glaube an die „einfache und stille Größe“ des Altertums, und da erschien Michelangelo „zu stürmisch, wild und feurig“. Windelmanns Abneigung gegen ihn, die auf lange hin nachgewirkt hat, ist aus diesem instinktiven Gefühl des Andersartigen zu erklären. Seine Brut über die „dunkle Barbarei“ und die „unverständige Ge-



chinesische Seminar des Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins. Die einzige höhere Mädchenschule für Chinesinnen in Peking ist eine Missionschule und gehört auch dem Allgemeinen Missionsverein.

Der Missionsverein hat in Shanghai, in Tokio und Yokohama die Erbauung von Kirchen für die deutschen Kirchengemeinden durchgeföhrt. Er hat diese Kirchengemeinden erst geschaffen. Er hat ihnen seit 30 Jahren die Pastoren gestellt. Er hat in Shanghai und Yokohama für die deutschen Kinder Schulen gegründet.

So ist es wohl eine hohe, für das Deutschtum in dieser Hinsicht bedeutsame Aufgabe, die der Allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein in Ostasien erfüllt. Sein Werk ist aus nationalen Gründen aller Unterstützung wert. Und da seine Aufgaben in der großen Welt des Ostens dauernd wachsen, so bedarf er dringend größerer Hilfe.

## Deutsches Reich.

# Die Ausnahmegeetze für Elsaß-Lothringen. Zu der Meldung elsaß-lothringischer Blätter, daß die Absicht bestehe, dem Reichstag noch in diesem Jahre die bekannten, Pariser Blättern verratenen Ausnahmegeetze, Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts, Maßregeln gegen die in französischer Sprache erscheinenden Zeitungen usw., vorzulegen, können wir folgendes mitteilen: Der betreffende Gesetzesentwurf liegt im Bundesrat und ist noch nicht erledigt. Daß der Bundesrat sich in naher Zeit mit diesem Entwurf beschäftigen werde, ist nicht anzunehmen. Bisher hat nicht das Geringste in dieser Beziehung verlautet und die gegenwärtigen Zeitläufte sprechen ebenfalls dagegen. Man wird der neuen Regierung in Elsaß-Lothringen durch Verhandlungen über solche Ausnahme-Maßregeln ihr Wirken nicht erschweren. Wahrscheinlich ist es vielmehr, daß der Bundesrat gelegentlich in aller Stille den Gesetzesentwurf gutheißt und daß man den Entwurf hierauf solange liegen lassen wird, bis neue deutsche feindliche Vorgänge in den Reichslanden einen günstigen Anlaß für das Einbringen des Entwurfs im Reichstag schaffen. Danach hat es Elsaß-Lothringen selber in der Hand, die gesetzgeberische Behandlung der für Elsaß-Lothringen bestimmten Ausnahme-Maßregeln zu beschleunigen oder zu verzögern.

\* Reichsmünzen mit dem Bilde des Herzogs Ernst August von Braunschweig werden demnächst in den Verkehr gelangen. Das braunschweigische Staatsministerium bereitet einen dementsprechenden Antrag bei dem Bundesrat vor, und zwar werden voraussichtlich nicht nur Doppelkronen geprägt werden, sondern auch kleinere Gold- und Silbermünzen. Braunschweigische Münzen sind seit über vierzig Jahren nicht mehr geprägt worden. Das letzte braunschweigische Geldstück war ein, jetzt übrigens schon sehr seltenes, Zwanzigmarsstück mit dem Bilde des Herzogs Wilhelm, das im Jahre 1873 ausgegeben und in der Berliner Münze geschlagen wurde.

\* Ein konservativ-sozialdemokratisches Techtelmechtel in Borna-Begau? Das parteiliche Organ des Nationalliberalen Landesvereins des Königreichs Sachsen, „Die Sächsische Umschau“, stellt fest, daß im Reichstagswahlkreis Borna-Begau, wo ein heftiger Kampf um das Mandat des Herrn von Liebert entbrannt ist, konservative Großgrundbesitzer offen erklärt haben, im Falle, daß Herr v. Liebert nicht in die Stichwahl kommt, würden sie in dieser Wahl nicht den von der fortschrittlichen Volkspartei unterstellten nationalliberalen Kandidaten, sondern den Sozialdemokraten wählen oder „Gewehr bei Fuß“ stehen. Das nationalliberale Organ erwidert sich, seine Behauptungen, wenn es gewünscht wird, durch Nennung von Namen zu beweisen.

\* Die dritte Elbbrücke in Magdeburg. Die Stadt Magdeburg hat im Herbst den Bau einer dritten pfeilerlosen Elbbrücke beschlossen. Gestern erfolgte die öffentliche Bekanntgabe der auf die Ausdehnung eingegangenen Offerten. Der Brückenbau wird in zwei Rufen vergeben: Los 1 Pfeiler und Gerölle überbaut, Los 2 Eisenkonstruktion. Die Angebote für das Los 1 schwanken zwischen 447 736 und 705 823 M., die Angebote für das Los 2 zwischen 388 550 und 593 000 M. Angebote sind von 54 Firmen aus allen größeren Städten Deutschlands eingegangen.

\* Deutscher Schifferbund und Mittellandkanal Hannover-Magdeburg. Der Deutsche Schifferbund beschloß sich in seiner jüngst zu Berlin abgehaltenen Generalversammlung auch mit dem Ausbau des Mittellandkanals und faßte folgende Entschlußung: „Die Generalversammlung des Deutschen

Schifferbundes richtet an die königliche Staatsregierung das Ersuchen, für den Weiterbau des Mittellandkanals Hannover-Magdeburg mit aller Energie einzutreten, in der Überzeugung, daß dieser Ausbau nicht nur für die Schifffahrt größere Erwerbsmöglichkeiten bietet, sondern, daß der Weiterbau im Interesse des ganzen Volkswohls liegt.“

## Rechtspflege und Verwaltung.

— Preussischer Richtertag. Der Vorstand des Preussischen Richtervereins hat laut der „D. Richterztg.“ die Pfingstzeit für die Abhaltung des 4. preussischen Richtertages bestimmt. Der Ort ist noch nicht endgültig festgesetzt. Als Verhandlungsgegenstände sind außer den Vereinsangelegenheiten gewählt: 1. Die Betätigung des Richters im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben; 2. Vereinfachung des Geschäftsganges der Justizbehörden nach innen und außen.

Der Frühjahrskursus 1914 der Berliner Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung findet in der Zeit vom 15. April bis zum 20. Mai statt. Hieran schließt sich eine Studienreise nach Oberitalien und dem österreichischen Küstenlande. In den Vorträgen werden hauptsächlich die wirtschaftlichen Beziehungen der Großmächte zueinander, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Mittelmeerinteressen, behandelt. Einen breiten Raum nimmt dabei die ökonomische Leistungsfähigkeit der Länder, ihre landwirtschaftliche und kommerzielle Organisation, die Arbeiterfrage ein. Auch der Kunst ist eine Reihe von Vorträgen gewidmet. So spricht z. B. — in allgemein zugänglichen Vorträgen — Georg Loeschke (Berlin) über „Die Beziehungen der Mittelmeerkultur zu Deutschland in vorchristlicher und römischer Zeit“ und Brandt (Göttingen) über „Italien im Zeitalter der Renaissance“. Ausdehnter ist wie bisher Professor Sering, Berlin. Programme sind von Mitte Februar ab von der Geschäftsstelle, Berlin W. 56, Schinkelplatz 6, zu beziehen.

## Ausland.

### Schweiz.

Alkoholfreie Raifeier. Zürich, 16. Febr. Der Vorstand der Arbeiter-Union Zürich hat mit zehn gegen drei Stimmen beschlossen, der Delegiertenversammlung vorzuschlagen, die diesjährige Raifeier alkoholfrei zu gestalten.

### Frankreich.

Ein Jubiläumspalast der dritten Republik. Der Präsident der französischen Republik hat dieser Tage, wie aus Paris berichtet wird, eine Abordnung des Komitees empfangen, das sich gebildet hat, um zu dem 50-jährigen Jubiläum der dritten Republik im Jahre 1920 ein großes Palais der Erinnerung zu schaffen. Das zur Ausführung in Aussicht genommene Modell des Architekten Charles Dovic, das dem Präsidenten vorgelegt wurde, sieht einen Bau in Gestalt eines lateinischen Kreuzes vor mit einer Terrasse an der Vorderseite, das 70 Meter hoch und 42 Meter breit ist. Es soll in der Mitte des Place de la Defense errichtet werden und eine Reihe von Sälen umfassen, die der Erinnerung an die Präsidenten und hohen Beamten der dritten Republik und an denkwürdige Ereignisse während des halben Jahrhunderts geweiht sind.

Anstimmigkeiten mit Spanien wegen Tanger. Paris, 17. Febr. Nach einer Blättermeldung aus Madrid hat die spanische Regierung gegenüber den von Frankreich bereits vor vier Monaten gemachten Vorschlägen betreffs des Statuts von Tanger eine ablehnende Haltung beobachtet. Insbesondere weigerte sich Spanien, dem Vorschlag zuzustimmen, daß der zur internationalen Zone gehörenden Bannweile von Tanger nur französische Offiziere überwiesen werden und daß der Sultan einen Vertreter in den Gemeinderat von Tanger entsendet.

Geistliche Wahlbeeinflussung. Paris, 17. Febr. Der Erzbischof von Reims, Kardinal Lucan, erließ im Hinblick auf die nächsten Kammerwahlen einen Hirtenbrief, in dem er die Katholiken auffordert, alle Bewerber abzulehnen, welche durch ihre unmoralischen und umstürzlerischen Lehren die Lebensinteressen der Armee, der Finanzen, des Handels sowie das Ansehen und den französischen Einfluß im Ausland gefährden, welche der Religion feindselig gesinnt seien und die Freiheit der Kirche immer mehr einschränken wollen. Die Katholiken dürften nur solche Männer wählen, welche den

wesentlichen Interessen des Landes ergeben seien, der Kirche ihre Freiheit sicherten und durch die Wiederherstellung der Beziehungen zum Papst dauernd verbürgen wollten.

Regierungsmassnahmen anlässlich der Eröffnung des Panamakanals. Paris, 17. Febr. Der Unterstaatssekretär der Handelsmarine teilte einem Berichterstatter mit, daß die Regierung einen aus Reedern, Exporteuren, Finanzleuten und anderen Interessenten bestehenden Ausschuss einberufen werde, welcher die infolge der Eröffnung des Panamakanals erforderlichen Massnahmen zur Entwicklung der Schifffahrtsverbindungen mit der Westküste von Südamerika prüfen solle.

### England.

Das Flottenbudget. London, 17. Febr. Das neue englische Flottenbudget wird den Betrag von einer Milliarde um drei Millionen überschreiten.

Eine englisch-spanische Monarchenbegegnung. Paris, 17. Febr. Der „Temps“ meldet aus Las Palmas (Kanarische Inseln), daß das spanische Königspaar sich im April nach Las Palmas begeben wird. Da diese Reise mit der des englischen Königspaares zusammenfällt, so ist eine Zusammenkunft der beiden Herrscher geplant, bei der u. a. auch das Projekt des Baues eines Kriegsschiffshafens in der bereits durch Strandbatterien gesicherten Bucht von Las Palmas erörtert werden soll.

### Rußland.

Ein Streik auf den Butlow-Werken. Petersburg, 17. Febr. Auf den Butlow-Werken wurden 100 Arbeiter entlassen, was einen Teil der Arbeiter veranlaßte, in einen Proteststreik einzutreten. Auf dem Seraphim-Kirchhof sollte eine Arbeiterversammlung stattfinden, die jedoch von der berittenen Polizei überfallen und auseinandergetrieben wurde. 29 Personen wurden verhaftet.

### Balkanstaaten.

Der serbische Staatsvoranschlag. Belgrad, 17. Febr. Der Finanzminister Pajich unterbreitete der Skupstina den Staatsvoranschlag für 1914. Die ordentlichen Ausgaben betragen 202 882 088, die Einnahmen 207 483 538 Dinars, die außerordentlichen Ausgaben 10 978 771, die Einnahmen 6 452 440, das Heeresbudget 54 335 159 Dinars.

### Türkei.

Zurückziehung des russischen Landungskorps in Konstantinopel. Konstantinopel, 16. Febr. Das russische Landungskorps, das während der Unruhen im zweiten Balkankrieg mit dem Schutz der russischen Gesandtschaft und des Konsulats beauftragt war, hat jetzt den Abberufungsbefehl erhalten und wird in den nächsten Tagen Konstantinopel verlassen.

Merkwürdige diplomatische Gepflogenheiten. Konstantinopel, 17. Febr. In den hiesigen diplomatischen Kreisen herrscht nachhaltige Erregung über die Art und Weise, wie die türkische Regierung es für gut befinden hat, auf die ihr von den Großmächten übermittelte Note zu antworten. Die türkische Regierung hat entgegen jedem diplomatischen Brauch ihre Antwort zunächst in der Presse veröffentlicht und sie erst 12 Stunden später dem Ministerpräsidenten überreichen lassen. Außerdem wurde das Dokument in einem einfachen Briefumschlag durch einen Boten des Großwesirs dem österreichischen Botschafter übermittelt. Jemand ein Begleitschreiben war diesem Dokument nicht beigefügt. — Die hiesigen Botschafter werden heute eine Sitzung abhalten, in der sie ihre Stellungnahme zu dieser merkwürdigen Haltung der Türkei festlegen werden.

### Vereinigte Staaten.

Zur Anerkennung Perus und Nichtanerkennung Mexikos. Washington, 16. Febr. Nachdem im Weissen Hause gegenüber erklärte Präsident Wilson, die Anerkennung der gegenwärtigen Regierung Perus durch die Unionstaaten sei in Übereinstimmung mit seiner vor ungefähr einem Jahre dargelegten Politik gegenüber dem lateinischen Amerika erfolgt. Die Umstände in Peru seien völlig verschieden von denen in Mexiko, wo die Unionstaaten mit der Anerkennung der Regierung Huertas zurückhielten. Die Vorgänge bei der Einrichtung der neuen Regierung seien nach den amtlichen Berichten in jeder Weise verfassungsmäßig. Der Sturz Villahumberts hätte die Billigung des Kongresses von Peru, der im Grunde der Oberste Gerichtshof des Landes sei.

einer schlimmen Verwirrung der Stilgeschichte; er sei eigentlich nur ein großer Zeichner gewesen, habe zeichnerisch gehandelt und malerisch gezeichnet und alle ästhetischen Grenzen verwischt.

Nur langsam stieg in den Geistern das Gefühl seiner überragenden Größe auf. Mme. de Staëls „Corinna“ verehrt ihn; in seinem Tagebuch ringt Delacroix heiss um ein Verständnis des Meisters, ohne es doch ganz zu finden. Erst Stendhal ahnt in ihm den großen freien Renaissance-menschen; Th. Gautier feiert die ewige Schönheit seiner Werke in Gedichten und Laine schildert dann in seiner italienischen Reise die einzigartige Größe dieses ersten modernen Künstlers, während Gobineau Michelangelo als „den guten Genius seines Landes und seiner Zeit“ in der Mittelpunkt seiner Szenenreihe, „die Renaissance“, stellt. Was hier angebeutet, sollte in Deutschland erst von Nietzsche mit voller Klarheit ausgesprochen werden. Wo ihn deutsche Dichter zum Helben wählten, wie Heibel in seinem kleinen Drama, Schell in seiner schwungvollen Erzählung und E. F. Meyer in seinen prächtigen Gedichten, mochten sie ihn zu sehr nach ihrem Bild, und der alte Fluch des Klassizismus fällt noch einmal in Burchards Cicero auf ihn, wo ihm als dem Urheber alles Barock-Unheils nur ein gewalttätiger Formalismus und die Größe des „gedämpften Angeheuers“ zugesprochen wird. Burchard hat zwar in seinen kürzlich bekannt gewordenen Briefen sein absperrendes Urteil fast modifiziert, aber es blieb doch ebenso wie die übertriebene Verachtung Ruskins, lange geltend. Entgegen trat dieser Auffassung Hermann Grimm in seiner schönen Biographie, die von 1882 bis heute in vielen Auflagen erschienen ist. Welt und Umwelt des Meisters war hier in breiten historischen Bildern trefflich gemalt; die Persönlichkeit aber ist nur in klaffen Umrissen gegeben und eingestandenem durch die Brille des Cornelius geschaut. Nietzsche jedoch proklamierte dann in Michelangelo den Übermenschen als Künstler, den Geistesgeber einer neuen Kunst und den Verebener aller alten ästhetischen Werte, und so sehen ihn auch seine jüngsten Biographen als den Giganten und Titanen, der eine neue, die moderne Kunst, geschaffen.

„Klassizismus“ des Barock richtete sich auch gegen den, in dem man nicht mit Unrecht den Ausgangspunkt der gespreizten Virtuosität und der unbedingten Allegoristik sah. Der Begründer des deutschen Klassizismus, der als einer der ersten die Bedeutung seiner Geschichte würdigte, für die dann die Romantik nachdrücklich eintrat, vermehrt bei ihm „das sanfte Gefühl der Schönheit“, meint, daß die „Aesthetik“ der nackten Figuren auf den Sarkophagen der Mediceergräber gegen den „Wohlfühlstand“ verstoßen, den man in einer christlichen Kapelle und an Gräbern fordern müsse. „Um seine Wissenschaft zu zeigen“, so erklärt er, wurde er übertrieben in nachdrücklicher Entdeckung aller Teile. Seine Weiber sind der Anmut gänzlich beraubt. Die Grazie ist ihm nicht im Traum erschienen. So mächtig war der Einfluß dieses „Antipoden Michelangelos“, daß Lessing, der den der Kunst unseres Meisters so nahe verwandten Lafont als Musterwert der echten Antike erläutert hatte, in Rom an seinen Werken gleichgültig vorbeiging.

Ein neuer Begriff des Genies als eines fast göttlichen Schöpfers, der von England aus aufkam, der Kammengriff des „Sturm und Drang“, rückte dann den Gestalter der Peterkluppe erleuchteten Geistes wieder näher. Die Engländer gingen voran. Reynolds, der die Schauspielerin Mrs. Siddons in der Haltung des Propheten Joel von Michelangelo portraitierte, ließ seine berühmten Akademikerreden in einer begeisterten Würdigung des Meisters gipfeln und in dem Namen Michelangelo ausklingen. Der Deutsch-Engländer Heinrich Hügli, sein gläubigster Bewunderer, hat sein tiefes Verständnis für ihn in seiner eigenen visionär-erhabenen Kunst ausgedrückt, und Harmon stand mit demselben Entzücken über „die Arbeit eines einzigen Menschen“ vor dem jüngsten Gerichte wie Goethe. In Deutschland aber war man von solchem Verständnis noch weit entfernt. „Seine gemeinlich dunkeln Farben sind schwarzsteinschwarz und seine Stellungen meistens übertrieben“, urteilt Sulzers und Goethes „Vödel“. J. J. Volkmann meint vom „jüngsten Gerichte“: „Die Manier in der Zeichnung ist dreist, stolz, ja beinahe schrecklich. Dadurch fehlt die Wirkung des Ganzen und des Kolorits“. Zu

solcher Umgebung würdigt man erst Goethes wunderbare Klarheit und Unabhängigkeit des Blicks völlig, die in dem den Zeitgenossen und die eigene antiklassische Stimmung weit überflügelnden Hymnus der italienischen Reise zum Ausdruck kommt. Ein ganz Großer wird hier von einem ganz Großen bis ins Innerste berührt: „Ohne die sizilianische Kapelle gesehen zu haben, kann man sich keinen anschaulichen Begriff machen, was ein Mensch vermag... Die innere Sicherheit und Mächtigkeit des Meisters, seine Größe geht über allen Ausdruck“. Wenn auch später Goethe diesen mächtigen Eindruck in seiner „nordischen Nacht- und Rebellent“ nicht wieder aufnahm, so ist er doch nicht von dem Meister „abgefallen“, wie man wohl gemeint hat, sondern hat ihn stets hochgehalten. Aber es fand für dies Urteil keine Resonanz; er stand mit ihm allein in seiner Zeit.

Den Klassizisten wie den Romantikern war Michelangelo zu groß, zu streng, zu gewaltig, als daß sie ihn begriffen hätten. Carstens, der erste, der in der Kunst wieder auf seinen Bahnen zu wandeln versuchte und dabei scheiterte, nennt ihn doch den „Vater des schlechten Geschmackes in der Baukunst“; den Zeichner der Bildhauerei läßt er wie Schadow gelten; nicht viel mehr. Fernow, der die glatte Schönheit Canovas preist, vermehrt bei ihm jede Harmonie und meint, seine Einzigartigkeit habe den Verfall der Kunst herbeigeführt. Goethes „Kunst-Reyer“ denkt nicht anders. Koberbe verpöit den Moses, an dem „nichts Großes ist als die Größe“, und ein einseitiger Klassizist wie Klenze sieht darin „eine nichts-sagende atavistisch verdrehte Pose“. Noch bei Nietzsche hinterließ Michelangelo „keinen angenehmen Eindruck“. Die Romantiker verglichen zwar zuerst Michelangelo mit Dante; Tieck preist ihn als „religiösen Geist“ in den „Hergens-ergleichen“, Overbeck entdeckt ihn 1810 für die Nazarener und Hügli stempelt ihn dann als „Dante der bildenden Kunst“ ab; aber sie ziehen ihm doch Raffael weit vor, und weder Julpis Boisseree noch Hamann ist seine Frömmigkeit ganz geüher, so daß sich die Overbeck, Cornelius und Schnorr von seinen „leeren Seiten“ wieder fortlieben. Die Ästhetik, voran Friedrich Theodor Vischer, aber beschuldigt ihn



Lehrer P. Krüger von hier, der in voriger Woche seine W  
gaugsprüfung in Ifingen bestanden hat, übertragen worde  
— Die neu zu bildende Schuldeputation hat sich je  
vollständig gebildet. Sie besteht aus den Geistlichen bei  
Konfessionen, den bereits gewählten Mitgliedern vom G



meinderat und von der Gemeindevertretung und den jetzt noch von diesen dazu gewählten, dem Gesetz verlangten drei Schulmännern, bezw. in der Kindererziehung erfahrenen Männern. Diese drei letzteren sind die beiden Kellern Schüler und Weber und Lindermeister Jr. Dingel. — Auf Veranlassung der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr hielt am Samstagabend im „Deutschen Kaiser“ der ehemalige Feuerwehrmann Koch von Wiesbaden unter Vorführung des Sauerstoffapparats einen interessanten Vortrag über das Thema: „Der Sauerstoff als Lebensretter im Dienst der Feuerwehr bei Unglücksfällen“. Der Vortrag war ziemlich gut besucht.

(1) Dohheim, 17. Febr. Die für 1913 vorgenommene Sammlung der Beiträge zum Zentralwaisenhaus ergab in hiesigem Gemeindebezirk den Betrag von 161 M. 65 Pf. — Der Sohn des Beigeordneten Herrn Fried. Jonas Wintermeyer bestand gestern an der Oberrealschule in Mainz die Reifeprüfung mit „gut“.

(2) Wader, 15. Febr. Der hiesige Pferde- und Rindviehverversicherungsverein zählt zurzeit 60 Mitglieder, Vorsitzender ist Bürgermeister a. D. Benino. Die Einnahme des Vereins betrug 3329 M., die Ausgabe 2416 M.; es wurde ein Reingewinn von 740 M. erzielt. Die versicherten Pferde und Rinder repräsentieren einen Wert von 101 390 Mark, der Reservefonds beträgt 3547 M., der jedoch auf mindestens 4000 M. erhöht werden soll.

— Naurod, 13. Febr. Eine Woche im Zeichen der Holzversteigerungen: Montag große Stammholzversteigerung im Nauroder Gemeindefeld, wofür für etwa 200 Festmeter Stammholz die Summe von 10 805 M. erzielt wurde. Erschlagene Eichenstämme, von Schreinerleuten einiger Orte des Hochtaunus erworben, wurden sehr teuer bezahlt, der Festmeter mit 100 bis 140 M.; im Durchschnitt stellte sich der Festmeter eichen Stammholz auf 59 bis 60 M., Buchenstämme waren gleichfalls gesucht und der Festmeter wurde mit 24 bis 25 M. bezahlt. Bei Brennholz, das am Donnerstag zur Versteigerung kam, stellte sich der Preis nicht sehr hoch; für eine Klafter wurden Scheit 30 bis 32 M., für Buchen Knüppel 27 bis 28 M. erzielt; eichen Scheit war für 20 M. pro Klafter zu haben, Buchen Wellen wurden im Durchschnitt mit 10 bis 12 M. hundert Stück bezahlt. — Bei der am letzten Dienstag und Mittwoch im Niederhäuser Gemeindefeld abgehaltenen Versteigerung stellten sich die Preise für Brennholz 2 bis 3 M. pro Klafter höher wie in Naurod. Sehr gesucht und gut bezahlt waren daselbst Eichenstämme, für die pro Festmeter 30 M. erzielt wurden; auch aufgeschaltetes Eichenholz wurde mit 30 M. die Klafter bezahlt. — Das nahe Bremthal, das aus seinem Tannenbestand in der Nähe des Grauen Stein schon ganz bedeutende Summen eingenommen hat, hat auch in diesem Jahre daselbst wieder eine gute Einnahmequelle; für den Festmeter Notanne wurden bei der am Anfang der Woche abgehaltenen Versteigerung je nach Durchmesser 19 bis 25 M. erzielt; es kamen 250 bis 280 Festmeter zum Verkauf.

### Nassauische Nachrichten.

— Ordensverleihungen. Die Anlegung der ihnen verliehenen nichtpreussischen Ordensauszeichnungen wurde gestattet, und zwar des von der Großherzogin von Luxemburg verliehenen goldenen Verdienstkreuzes des Nassauischen Militär- und Zivilverdienstordens Adolfs des Nassauischen Vaters und Ordens des Nassauischen Verdienstkreuzes dem Lehrer a. D. Philipp Schardt in Althaus (Wetterwald).

ch. Aus dem Taunus 12. Febr. Die Holzversteigerungen in den fiskalischen und Gemeindefeldungen ergaben höhere Preise wie im vorigen Jahre. Kadelrundholz wurde nach Stärke mit 12 bis 20 M. pro Klafter (4 Raummeter) bezahlt. Kadel-Stammholz erzielte pro Festmeter 15 bis 20 M., Grubenholz 10 bis 14 M., Stangen pro Stück 1 M. 1.20 bis 1.50 M., 2. St. 0.50 bis 1 M., 3. St. 0.50 bis 0.80 M., 4. St. 12 Stück 1.20 bis 2 M., Buchenstangen pro 100 Stück 4 bis 8 M., Buchenideholz pro Klafter 20 bis 33 M., Knüppelholz 20 bis 25 M., Kadelst. 26 bis 29 M., Eichenst. pro Klafter 20 bis 22 M., Rundholz (Berkholz) 12 bis 20 M., Stammholzwellen (Buchen) pro Hundert 12 bis 20 M., Kf. und Durchforstungswellen 8 bis 10 M., Eichenwellen 4 bis 6 M., Radwellen 4 bis 6 M. Der Bedarf der Holzindustrie von Loh in Schmitt hat den Preis pro Raummeter Kadelholz von 1 bis 1.20 M. (1900) auf 4 bis 5 M. erhöht. — Infolge des sehr hohen Schnees im nördlichen Taunus, der an der Oberfläche gefroren ist, fällt es dem Wild schwer, die nötige Nahrung zu finden. Oft sieht man Rehe und Girsche rudelweise an schneebedeckten Stellen zusammengekrängt; vor einigen Tagen waren auf dem fahlen Schlag zwischen Anspach und Langhals 45 bis 50 Stück Rotwild. Durch die harte Schneedecke sind die meisten Tiere an den Lufen umgekommen. Die Rot treibt das Wild an und in die Dörfer. In Brombach hielt sich ein Rehbock einige Tage in der Scheune des H. E. Weber auf und konnte nur mit Mühe in das Feld gejagt werden, notabene auf befehligen Befehl. In Reiffenberg lagert ein Rehbock in einer Scheune. Diernach geht wohl eine nachdrückliche Mahnung an die Jagdbesitzer, nicht nur Jäger, sondern auch „Beger“ zu sein. Viel Wild ist eingegangen, und die Reviere bedürfen sorgfältigster Pflege.

### Neues aus aller Welt.

Bergweilungstat einer Mutter. Berlin, 16. Febr. Die Witwe Maria Reine aus Schöneberg, die sich vor einiger Zeit eine Blutvergiftung an der rechten Hand zugezogen hatte, vergiftete sich selbst und ihre beiden zehn- bzw. zwölfjährigen Söhne aus Mord, daß man ihr die Hand amputieren werde.

Mord und Selbstmord aus Scham. Wien, 17. Febr. Der Säubmachergehilfe Winter erschlug gestern seine Schwester mit einem Beile. Offene sich dann selbst die Pulsadern und erhängte sich. In einem hinterlassenen Briefe teilt er mit, daß er sich aus Scham über die ihm zubilligte Gefängnisstrafe das Leben nehme. Seine Schwester nehme er mit, weil sie sich ebenfalls gekränkt fühle.

Ein unheimlicher Fahrgast. London, 17. Febr. Ein eingeatmetes Erlebnis mit einem offenbar Wahnsinnigen hatte am Samstag und Sonntag ein Chauffeur, der seinen Fahrgast fast 20 Stunden lang von einer Stadt zur anderen fahren mußte. War der Bergabwärts erschöpft so wurde er bei dem nächsten Aufwache oder bei einem Dämmer unter Drohung mit dem Revolver erpresst. Nur mit großen Schwierigkeiten gelang es schließlich, die Teilnahme des Wahnsinnigen zu erreichen.

### Deutscher Reichstag.

#### Olympische Spiele. — Beamtenrecht und Justizetat.

8. Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht) Das Hauptinteresse der heutigen Sitzung erregten die zurückgehaltenen Abstimmungen, mit denen man begann. Der in der Kommission von dem schwarz-roten Kartell, Zentrum und Sozialdemokraten, abgelehnte Reichsausschuß für die olympischen Spiele wurde heute nun doch (wie schon in der Dienstag-Abendausgabe ge-

meldet) vom Plenum bewilligt, und von der Mehrheit mit lautem Beifall begrüßt. Der Beschluß war freilich nur dadurch möglich, daß die Konserverativen, die Nationalliberalen, die Fortschrittliche Volkspartei und ein guter Teil des Zentrums sich dafür erhoben. Die zweite Session des Tages war das Schicksal des freisinnigen Antrages auf Regelung der Dienstverhältnisse der Reichs- und Staatsarbeiter. Zuerst sah es so aus, als ob alles gut ginge, und insbesondere Abjag 2 des Antrages, der bestimmt, daß Organisationen nur insoweit durch die vorgelegte Behörde gehindert werden dürfen, als sie von ihren Mitgliedern gemeinsame Kundgebungen oder gemeinsame Arbeitsniederlegungen verlangen, wurde auf dem Wege des Sammelstimmungs zunächst mit 166 gegen 111 Stimmen angenommen. Als dann aber bei der Gesamtabstimmung wiederum Sammelstimmung notwendig war, da wurde der fortschrittliche Antrag mit 139 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Das war ausschließlich das Verdienst der Nationalliberalen, die bis auf wenige Ausnahmen (van Calker, Brina zu Schönaich-Carolath usw.) dagegen stimmten. Das Zentrum hat durchschnittlich für den Antrag votiert.

Die fortgesetzte Justizdebatte leitete Staatssekretär Dr. Visco mit einer langen Rede ein, in der er die Erfüllung der dringendsten Wünsche versprach und sich nachhaltig für den 6. Reichsanwalt ins Zeug legte. Sehr wirkungsvoll trat der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Ablass für die Zulassung von Arbeitern und Lehrern sowie Frauen zum Schöffengericht ein. Er verteidigte ferner die deutschen Richter — und hierin folgten ihm auch die Redner der Konserverativen und Reichspartei — gegen den Vorwurf der Klassenjustiz, aber die Staatsanwaltschaft, so führte er aus, sei nicht immer ganz objektiv. Die weitere Diskussion drehte sich um die nationalliberale Resolution, die ein wenig wortförmig die Regelung aller möglichen Dinge verlangt. Der Sozialdemokrat Landsberg, der gegen einen Teil der in dieser Resolution enthaltenen Forderungen sprach, weil er nicht allzuviel davon erwartete, hatte einen großen Erfolg durch die geschickte und zugleich vornehme Art, wie er den Kampf gegen das Radte ironisierte.

#### Sitzungsbericht.

Eläner Drahtbericht des „Piesbadener Tagblatts“.

8. Berlin, 17. Februar.

Am Bundesratssitz: Dr. Visco.

Präsident Dr. Raempp eröffnet die Sitzung um 1.05 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst

#### eine Anfrage

des Abg. Reichmann (Sog.): Auf die Anfrage Nr. 42 vom 14. Januar 1913 (Reichstagsdrucksache Nr. 65) wurde am 18. Januar 1913 vom Stellvertreter des Reichslänglers die schriftliche Antwort erteilt, daß ein Entwurf der zu erlassenden weiteren Bestimmungen über die

Errichtung und die Zusammensetzung der Sachauschüsse sowie über das Verfahren nach § 24 des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 im Reichsamt des Innern ausgearbeitet worden sei, und daß die Beratungen mit den anderen Ressorts im wesentlichen abgeschlossen seien, so daß die Vorlage voraussichtlich bald an den Bundesrat werde gelangen können. Der Bundesrat habe zu der Frage der Errichtung von Sachauschüssen nach § 18 des Hausarbeitsgesetzes noch nicht Stellung genommen. Inzwischen sind Bestimmungen über Hausarbeit in der Tabakindustrie vom 17. November 1913 erlassen worden. Die Tabakarbeiter verschiedener Gebiete der Tabakindustrie haben nur, durchdrungen von der Notwendigkeit von Sachauschüssen wie auch für Durchführung und Wirksamkeit der vorgenannten Bestimmungen, die erlassen sind, an den Bundesrat Eingaben gerichtet mit der Bitte, für Bezirke mit harter Tabakindustrie Sachauschüsse baldigst zu errichten. Hat der Bundesrat zu diesen Eingaben bereits Stellung genommen und kann der Reichslängler Auskunft darüber geben, ob der Bundesrat beschlossen hat, Sachauschüsse nach § 18 des Hausarbeitsgesetzes für die Tabakindustrie zu errichten?

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Die Eingaben an den Bundesrat, in denen die Errichtung von Sachauschüssen nach § 18 des Hausarbeitsgesetzes für die Hausarbeiter in der Tabakindustrie angeregt worden ist, sind, wie alle derartigen Gesuche, den für den Sitz der fraglichen Industrie zuständigen Landesregierungen zur Prüfung der Verhältnisse und gütlichen Aushandlung vorgelegt worden. Die Vorarbeiten hierfür bieten besondere Schwierigkeiten und haben deshalb noch nicht beendet werden können, so daß der Bundesrat noch nicht in die Lage gekommen ist, zu diesen Eingaben Stellung zu nehmen. In Preußen sind nach den eingegangenen Erhebungen die Vorarbeiten dem Abschluß nahe, insofern läßt sich nicht übersehen, ob für die Hausarbeiter in der Tabakindustrie die Errichtung von Sachauschüssen be-  
fürwortet worden ist.

Hierauf werden die beim

#### Etat des Reichsamts des Innern

zurückgestellten Abstimmungen über den Titel

#### „Olympische Spiele“

sowie über die zu diesem Etat vorliegenden noch nicht erledigten Resolutionen vorgenommen. Der Titel „Beitrag des Reichs zu den Kosten der Olympischen Spiele, 1. Rate 46 000 Mark“ wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Dänen, der Polen, der Estländer und etwa der Hälfte des Zentrums entgegen den Beschlüssen der Kommission bewilligt (Beifall).

Angenommen wird ferner die Resolution der Nationalliberalen auf Erhebungen, betr. den Gesundheitszustand der Arbeiter in der Großindustrie. — Abgelehnt wird ferner die Resolution der Sozialdemokraten, betr. die Erweiterung des Schutzes der Jugendlichen und Arbeiterinnen. — Über eine Resolution der freisinnigen, betr. Grundzüge für die Arbeitsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten, wird getrennt abgestimmt. Bei dem Abschluß, der die Betätigung in den Berufsorganisationen, welche von Arbeitern und Angestellten der Staatsbetriebe keine gemeinsame Kundgebung und Arbeitsniederlegung verlangt, nicht hindern soll, ist Sammel-

sprung nötig. Wegen dieses Abjag stimmt die äußerste Rechte und die Sozialdemokraten. (Heiterkeit.) Die Abstimmung ergibt, daß 148 Abgeordnete für und 111 gegen diesen Abjag stimmten. Der Abjag ist angenommen. Die übrigen Teile der Resolution werden bei der Einzelabstimmung angenommen. Bei der schließlich notwendig werdenden Gesamtabstimmung ist abermals Sammelstimmung notwendig. Es stimmen für die Resolution 127 Abgeordnete, dagegen 139. Die Resolution ist damit abgelehnt.

Drei Resolutionen der Sozialdemokraten, betr. Koalitionsrecht, Arbeitszeit für Angestellte im Gastgewerbe und Arbeitsverhältnisse der Binnenschiffer, werden abgelehnt. — Eine Resolution, betr. Förderung der zentralen Beratungsstellen für die Verbindungsämter der Handwerkskammern und die Bewilligung von 30 000 M. für diese Beratungsstellen wird angenommen.

Sodann wird die zweite Lesung zum

#### Etat des Reichsjustizamts

fortgesetzt.

Staatssekretär Dr. Visco: Die Schaffung einer sechsten Reichsanwaltschaft entspricht einem dringenden Bedürfnis des Reichsgerichts, das sich mit einer Hilfsrichterstelle für diesen Posten begnügen muß. Dies entspricht aber nicht der Würde des Gerichts. Ich bitte den Kommissionsbeschuß, durch den diese Stellung wiederum gestrichen wurde, aufzuheben und die Stelle zu bewilligen. Was die Arbeitsverhältnisse der Reichsanwaltschaften anbelangt, so müssen wir zunächst die Stellungnahme des Anwaltsrates abwarten. Auch hinsichtlich der Erhöhungen der Anwaltsgebührenordnung müssen wir die statistischen Erhebungen abwarten. Die Einführung einer neuen Gebührenordnung unterliegt der Prüfung im Bundesrat. Der Entwurf ist zur Information der Interessenten kürzlich im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Ein Gesetzentwurf zur Neuordnung des Zwangsversteigerungswesens hinsichtlich der Verfügung über den Miet- und Pachtzins den Hypothekengläubigern gegenüber steht bevor und wird bald dem Reichstag zugehen, ebenso ein Gesetz zum Schutz Jugendlicher. Die Haftpflicht der Eisenbahnen dürfte zum Herbst gesetzlich geregelt werden. Die Verhältnisse im Juremessen werden vom Reichsjustizamt ständig verfolgt. Für den erforderlichen Schutz solcher Personen, die in gutem Glauben mit Geisteskranken einen Geschäftsabschluß vollzogen haben, sind Erhebungen veranstaltet worden und diese haben ergeben, daß nur in Berlin ein Bedürfnis nach einem solchen Gesetz vorhanden ist. Sonst ist ein dringendes Bedürfnis nicht zu erkennen gewesen. Eine gesetzliche Regelung dieser Frage dürfte alsbald nicht erfolgen.

Eine Beschleunigung des Verfahrens bei Zivil- und Strafsachen ist im gewissen Umfang schon herbeigeführt,

doch sind die Mißstände mit einzelnen Vorschriften kaum aus der Welt zu schaffen. Dazu bedarf es tief eingreifender Änderungen des geltenden Rechts. Der Abg. Belger hat gestern auf Österreich als Vorbild hingewiesen. Auch ich betone die dortige Rechtsprechung, aber bei dem Unterschied der Verhältnisse muß man doch Bedenken tragen, diese österreichischen Vorschriften auf unsere Verhältnisse zu übertragen. Hinsichtlich der Prozeßbeschleunigung läßt sich auch schon an Hand der jetzigen Zivilprozeßordnung manches bessern. Bei den einzelnen Landesgerichten ergeben sich kolossale Unterschiede. Auf der einen Seite wird mit außerordentlicher Schnelligkeit gearbeitet, die ein anderer Bezirk vermissen läßt. Am besten arbeitet in dieser Beziehung der Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart und am schlechtesten derjenige von Zweibrücken. Die neue Strafrechtsnovelle funktioniert gut, das gleiche wird mit vielen kleinen Gesetzen, die ich angeordnet habe, der Fall sein. Alle diese kleinen Novellen bitte ich recht wohlwollend aufzunehmen und mit größter Beschleunigung zu verabschieden. (Wohlbef.)

Abg. Dr. Ablass (Sp.): Die Haltung des Zentrums gegenüber dem sechsten Reichsanwalt verstehe ich nicht. Im Interesse unserer Rechtsprechung liegt es, diese neue Stelle schleunigst zu schaffen. Unsere Anregung, betr. den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses, wird nach einer gesetzlichen Regelung zur Folge haben. Bezüglich der Rechtsverhältnisse der Reichsanwaltschaften wünschen wir, daß es gelingt, im Wege des Tarifvertrags eine Einigung herbeizuführen, und nicht auf gesetzlichem Wege.

Die Gebührenordnung der Rechtsanwälte sollte bald geändert werden.

Die Heranziehung des Arbeiterstandes zu Schöffen ist unsere alte Forderung. Auch die Volksschullehrer sollten zu diesem Amt herangezogen werden, und jetzt, angesichts der Jugendgerichtbarkeit, auch endlich die Frauen. Das Justizministerium hat es abgelehnt, den Anwaltsstand gegen Angriffe durch die Presse zu schützen. Wenn liegt denn überhaupt ein öffentliches Interesse vor, wenn nicht hier? Wegen eines Artikels „Bauernfang“ in einer freisinnigen schlesischen Zeitung erhob zum Schutz des Bundes der Landwirte der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse die Anklage. (Hört! Hört!) Das ist die Folge davon, daß der Bund der Landwirte als nichtpolitischer Verein in das Vereinsregister eingetragen worden ist. Die gestrigen Zirkusreden lassen doch die Annahme, daß der Bund unpolitisch ist, recht bedenklich erscheinen. In dieser Hinsicht ist eine Nachprüfung notwendig. Die Zahl der Anwälte beim Reichsgericht muß vermehrt werden. Das Existenzminimum für Privatangestellte muß erhöht werden. Die Pfändbarkeit der überschüssigen Summe führt zum Abschluß von Scheinverträgen zugunsten der Frau und das Reichsgericht hat diese Scheinverträge sogar für gültig erklärt. Man sollte diese nicht pfändbare Summe beispielsweise bei Unverheirateten auf 1800 M. anheben und für Familienväter entsprechend der Größe ihrer Familien erhöhen. Dankenswert ist das Vorgehen der Vereinigten Reichsanwaltschaften gegen die Schwindelfirmen. Die Reichsregierung sollte diese Reichsanwaltschaften durch Mitteilungen über solche Schwindelfirmen unterstützen, wie es seitens der preussischen Regierung geschieht. Die Verhältnisse im Pfandwesen und die Rechtsprechung bezüglich des öffentlichen Verteilens von Flugblättern führen zu Unzulänglichkeiten, die mit unseren modernen Anschauungen in direktem Widerspruch stehen.

Besonders das preussische Preßgesetz ist ein reines Ausnahmengesetz.

Wir fordern deshalb die Vermehrung dieser Materie nach modernen, vernünftigen Grundzügen. In der Frage des Konfessionellen Eides habe ich bereits vor mehreren Jahren einen Antrag eingebracht, daß demjenigen, der aus religiösen Gründen die Eidesformel nicht sprechen will, erlaubt sein soll, eine andere Formel zu gebrauchen. Bei der Frage des Schutzes der Jugend gegen den Schund in Wort und Bild muß ein Unterschied gemacht werden zwischen künstlerischen und rein un-



zügigen Darstellungen. Der Geist einer krankhaften Frigidität beherrscht weite Kreise des Volkes. Man nimmt Anstoß an den nackten Armen eines jungen Mädchens, an den Badenstrümpfen eines Knaben und auch an der Rationaltracht der bayerischen Kleriker. (Widerspruch und Sehr richtig!)

Deshalb erheben wir den Ruf nach der Freiheit der Kunst und nach Erziehung der Menschen zu einem höheren Grad der Sittlichkeit.

Die Abgg. Goldschmidt (konf.) und Martin (Reichsp.) erklären, daß sie für den feststen Reichsanwalt stimmen werden. Abg. Werner-Hersfeld (Deutsche Reformp.): Mit der nationalliberalen Resolution auf Beschleunigung und Vereinfachung der Rechtsprechung sind wir einverstanden. Die Heranziehung der Arbeiter zum Schöffengericht wünschen auch wir. Der Forderung auf reichsgesetzliche Regelung des Trennwesens kann ich mich nur anschließen.

Abg. Dr. Landberg (Soz.): Im Interesse der guten Qualität der Anwaltschaft ist die freie Advokatur unbedingt erforderlich. (Sehr richtig bei den Soz.) Die nationalliberale Resolution bedeutet eine unbedingte Herabwürdigung der unteren Instanzen, da die Ansicht darin vertreten wird, daß diese Instanzen lediglich für den Papierkorb arbeiten. Wir können dem Antrag nicht zustimmen. Der anderen Resolution können wir nur insoweit zustimmen, als es sich um die Behandlung der Geisteskranken im Prozeßverfahren, um Ausbehnung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit, der Zulassung der Volksschullehrer zum Schöffen- und Geschworenengericht und die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen handelt. Überflüssige Zeugenerklärungen halten auch wir nicht für notwendig. Die Frau Gieseler in Zabern, welche die Anwaltschaft hat, von den Alldeutschen zu einer Art Jungfrau von Orléans gemacht zu werden (Große Heiterkeit), wird natürlich für absolut glaubwürdig erachtet.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Sell (Ztr.) wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Präsident Dr. Reempp gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Reichstagspräsident morgen erledigt werden kann, auch ohne Inanspruchnahme einer event. Abend Sitzung.

Schluß nach 3/8 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 17. Februar.

Im Ministertisch: Minister des Innern v. Dallwitz.

Präsident Graf v. Schwerin-Köwig eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Beratung zum

### Etat des Ministeriums des Innern

wird fortgesetzt. — Zunächst wird die Besprechung über die Verhältnisse der Sparkassen fortgesetzt. Dazu liegen vor der Antrag des Abg. Hahn (konf.) und Genossen, betr. Anlegung von Sparkassenverbänden.

Abg. Reinert (Soz.): Wir haben seinerzeit gegen das Gesetz, betreffend Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren, gestimmt, weil wir darin eine einseitige Belastung der Sparkassen erblickten und weil wir befürchteten, daß die Sparkassen große Kursverluste erleiden würden. Unsere Befürchtung hat sich als gerechtfertigt erwiesen. Durch den Antrag würde die Solidität der Sparkassen beeinträchtigt werden, deshalb lehnen wir ihn ab.

Abg. Lippmann (Vpt.): Bankdirektor v. Swinner hat im Herrenhause erklärt, daß die Sparkassen die Einstellung des Pflichtbestandes an Inhaberpapieren in die Bilanz nach dem Anschaffungswert vornehmen können, wie es der Antrag verlangt. Bei Banken mag das wohl möglich sein. Es würde aber unheilvoll sein, wenn die Sparkassen zu Banken sich ausdehnen würden, weil dadurch ihre unbedingte Sicherheit erschüttert werden würde. Mein Freund Dr. Erüger hat sich gegen den Antrag ausgesprochen. Ein Teil meiner Freunde ist gewillt, die einzelnen Forderungen des Antrags in der Kommission zu prüfen.

Minister des Innern v. Dallwitz wendet sich nochmals gegen den Antrag.

Abg. Dr. Sarenhorst (freikons.) befürwortet die Annahme des Antrags.

Abg. Dr. Hahn (konf.): Ich will keine polemische, sondern eine Sammlungsrede halten. (Heiterkeit.) Der Antrag bedeutet eine Hilfsaktion für die Sparkassen. Ich freue mich, daß die Abgeordneten aus Hannover mit Ausnahme des Herrn Reinert für den Antrag sind. Der Antrag liegt besonders im Interesse der Stärkung des Realcredits, aber er würde auch der inneren Kolonisation und der Erhaltung des Mittelstandes zugute kommen. In volkswirtschaftlicher und sozialer Beziehung würde der Antrag segensreich wirken. Ich beantrage Überweisung des Antrags an die verstärkte Gemeindekommission.

Die Debatte wird geschlossen.

Hierauf erfolgen die zurückgestellten Abstimmungen. Zunächst wird der Titel „Ministerrat“ bewilligt.

Der Antrag der Nationalliberalen und Konfessionellen, betreffend Schutz der Arbeitswilligen, wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und der Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag Dr. Gottschald-Sollingen (nall.) und Kronjohn (Vpt.), betreffend passives Komunalwahlrecht der Gemeindebeamten, wird an die Gemeindekommission verwiesen. Der Antrag Braun (Soz.), betreffend Arbeiterlegitimationszwang, wird abgelehnt. Der Antrag Kronjohn (Vpt.), betreffend Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliches Recht, wird abgelehnt, ebenso der Antrag Braun (Soz.), betreffend Abänderung des Pressgesetzes (Anschlagszettel). Der Antrag Dr. Schmieding (Zentr.), betreffend Fürsorge für gemeingefährliche Geistesranke, wird einstimmig angenommen. Der Antrag Braun (Soz.), betreffend Regelung des Trennrechtes, wird der Justizkommission überwiesen. Der Antrag Dr. Hahn (konf.), betreffend Anlegung von Sparkassenbeständen, wird der verstärkten Gemeindekommission überwiesen.

Es folgt die Interpellation der Abg. Kronjohn (Vpt.) und Genossen, betreffend

die durch Sturmfluten und Überschwemmungen an der Ostsee und den Ostseen verursachten Notstände.

Minister v. Dallwitz erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Lippmann (Vpt.) begründet die Interpellation: Da der Minister sich zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hat, will ich auf Einzelheiten nicht eingehen. Durch das Hochwasser sind weite Strecken Landes verheert. Es fragt

sich, ob eine Eindeichung der gefährdeten Landestteile möglich ist. Auch auf der Insel Rügen sind große Schäden entstanden. Es existiert dort der Wunsch, daß die Kleinbahnen der Insel zu Vollbahnen ausgebaut werden. Unser nächster Etat muß in bezug auf den Hferschuh anders aussehen. Unsere Kriegsbereitschaft an der Küste muß verstärkt werden. (Beifall.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Die von den Provinzialbehörden erstatteten Berichte bieten noch keine ausreichende Unterlage für die Feststellung des Umfangs der durch die Sturmflut verursachten Schäden. Dazu kommt, daß in den letzten Tagen neue Nachrichten über Hochwasserschäden in der Provinz Ostpreußen eingelaufen sind, die ebenfalls weitere Feststellungen erforderlich machen. Trotzdem ist der Landwirtschaftsminister zu der Überzeugung gekommen, daß die Betroffenen nicht in Gefahr sind, die Kosten für die schweren Schäden zu tragen und

daß, wie bei früheren ähnlichen Katastrophen, eine Not-Randaktion erforderlich ist

unter der Voraussetzung, daß auch die Provinzialverbände sich beteiligen. Hierbei würden sich der Staat mit vier Fünfteln, die Provinzialverbände mit einem Fünftel beteiligen. Es darf erwartet werden, daß ein großer Teil der Mittel von der privaten Wohltätigkeit aufgebracht werden wird. Leistungsschwachen kleinen Leuten werden Darlehen mit Rückzahlung in fünf Jahren gegeben werden. Leistungsschwachen Gemeinden und öffentlichen Verbänden sollen ebenfalls Beihilfen im Wege von Darlehen gegeben werden. In die Notstandsaktion sollen Hferschuhbauten einbezogen werden. Da der erforderliche Betrag von öffentlichen Geldern noch nicht feststeht, so ersuche ich das Haus, sich damit einverstanden zu erklären, daß das erforderliche Geld außerordentlich mäßig hergegeben wird. Die fiskalischen Schäden belaufen sich auf mehrere Millionen. Die Wiederherstellungsarbeiten sind bereits in Angriff genommen und werden mit aller Energie betrieben werden. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Jährn. v. Malsahn (konf.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen. Mit zur Besprechung stehen die Anträge der Abg. v. Böhlendorff-Köpin (konf.) und Althoff (nall.), in welchen die Regierung aufgefordert wird, Maßregeln zu ergreifen, die erforderlich sind, um den durch Stürme und Wassergewalt schwer geschädigten und in ihrer Existenz gefährdeten Anwohnern der Ostsee zu Hilfe zu kommen.

Abg. Jährn. v. Malsahn (konf.): Wir danken insbesondere denen, die die Mittel zur Leistung der ersten Hilfe gegeben haben und hoffen, daß diese Mittel nach gerechten Grundsätzen verteilt werden. Für Lifer- und Dänensich muß an der Ostsee mehr als bisher geschehen. Es muß alles geschehen, was geeignet ist, der Wiederholung solcher Schäden entgegenzuwirken. Wir beantragen, den Antrag Böhlendorff einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Dr. Reuwallt (freikons.): Der Staat kann nicht überall eintreten, wo die Bevölkerung geschädigt wird. Deshalb erwarten wir, daß auch die private Wohltätigkeit mitwirken wird. Auch für die Fischereibevölkerung muß etwas geschehen. Möchten die heutigen Verhandlungen dazu führen, daß

alle, die an der Ostsee Erholung suchen, eine offene Hand haben, um der nothleidenden Bevölkerung zu helfen.

Abg. Schifferer (nall.): Schnelle Hilfe, namentlich bei den kleinen Leuten, ist notwendig. Dankbar begrüßen wir es, daß die private Hilfsaktion sofort eingesetzt hat. Wir wünschen aber auch ausreichende und schnelle Staatshilfe. Mit den vom Minister für die Hilfsaktion aufgestellten Grundsätzen sind wir im großen und ganzen einverstanden.

Abg. Dr. Steputat (konf. Litauer): In den Ostseefreien ist von zwei Seiten das Wasser eingedrungen. Die Verheerungen sind deshalb sehr groß. An den Kommunen liegt es, die Grundsätze, die bei der Hilfsaktion angewandt werden sollen, zu prüfen.

Abg. Dr. Gaigalat (konf. Litauer): Unseren nothleidenden Mitbürgern wollen wir gerne Hilfe bringen. Zur Sicherung der russischen Regierung muß mehr geschehen. Die Schäden in den Ostseefreien sind sehr groß. Das Wasser stieg so schnell, daß die Bewohner sich kaum retten konnten.

Das Militär hat vortreffliche Dienste bei der Rettung der Bedrohten geleistet.

Abg. Hoyer (Soz.) tritt für weitgehende staatliche Hilfe ein. Abg. Schmiljan (Vpt.): Wir erwarten, daß mit der Dänenbefestigung vorgegangen wird. Die Staatsregierung muß auch da eingreifen, wo es sich nicht um fiskalisches Eigentum handelt. Wir verlangen, daß auch die geschädigte Fischereibevölkerung ausreichend unterstützt wird. Die Mittel, welche die Regierung anfordert, müssen bewilligt werden.

Abg. Korfanty (Pole): Meine Freunde sind gerne bereit, die nötigen Mittel zu bewilligen. Die Millionen, die zur Unterdrückung der Polen verpulvert werden, sollten lieber zur Küstenbefestigung verwendet werden.

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt. Die Anträge werden an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betr. die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund.

Nach kurzen Ausführungen der Abg. v. Dörsner (konf.), Schwedendieck (nall.) und Traub (Vpt.) wird die Vorlage an die verstärkte Gemeindekommission verwiesen.

Hierauf wird die Weiterberatung des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Abg. Schmiljan (fortf. Vpt.) tritt für bessere Anstellungsverhältnisse der Beamten in den städtischen Rentämtern ein, die aus den Kreisen der Militärämtern genommen werden.

Abg. v. Bodenberg (konf.) wendet sich gegen den Vorschlag des Abg. Cassel, die Steuerjahren dem Oberverwaltungsgericht abzugeben und den ordentlichen Gerichten zu übertragen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Den Vorschlag Cassel kann ich nur befürworten. Wenn schon die ordentlichen Gerichte vielfach vertragen, so ist es mit dem Oberverwaltungsgericht noch viel schlimmer bestellt. Was soll man dazu sagen, daß das Oberverwaltungsgericht ein Langzangknecht als politischer Verein ansieht?

Minister des Innern v. Dallwitz: Der Abg. Dr. Liebknecht hat an der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts eine äußerst heftige Kritik nach jeder Richtung hin geübt. Glaube ich, daß er klüger sei als die Herren vom Oberverwaltungsgericht? Ich habe ja nicht das Recht, in die Selbstständigkeit des Oberverwaltungsgerichts eingzugreifen. Was sind die Ausführungen aber anders als der Versuch einer Beeinflussung des Oberverwaltungsgerichts? (Lebhafter Beifall rechts. Zurufe links.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Das Oberverwaltungsgericht hat auch entschieden, daß einem Sozialdemokraten ein Unterzeichnerlaubnischein erteilt werden kann aus dem Grunde, weil es sich um einen Sozialdemokraten handelt. Das widerspricht doch dem Gerechtigkeitsgefühl. Der Polizeipräsident von Berlin hat auf das Straßburger Urteil eingewirkt versucht. Wenn der Minister versucht, mir hierauf zu antworten, so erwarte ich, daß dies in sachlicher Weise geschieht und er mich nicht mit ein paar schnoddrigen Redensarten abtut. (Stürmische Unruhe. Pfuirufe rechts.) — Präsident Graf Schwerin-Köwig: Ihre letzten Worte waren im höchsten Grade ungehörig, ich rufe Sie zur Ordnung.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwochvormittag 11 Uhr vertagt.

## Letzte Drahtberichte.

### Gerüchte von einer Reichstagsauflösung.

8. Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht) Seit einigen Tagen schon zirkuliert im Reichstag wieder einmal das Gerücht von einer bevorstehenden Auflösung. Daß ein solches Gerücht auf der äußersten Rechten willige Aufnahme und Verbreitung findet, kann man verstehen, doch ist zweifellos der Wunsch der Vater des Gedankens. Man ist wohl der Meinung, das Kunstfeuerwerk, das man in Zabern dem Obersten v. Reuter abgebrannt hat, müsse die Wähler so geblendet haben, daß die Reaktion bei einer Neuwahl gute Geschäfte machen werde. Auf der äußersten Linken, in den Reihen der Sozialdemokratie, scheint man dagegen einer etwaigen Reichstagsauflösung nicht ohne Angst entgegenzusehen, obwohl man darauf vertraut, daß das Wahlergebnis von Jerschow mit seinem starken sozialdemokratischen Stimmengewinn lehre, daß die Sozialdemokratie von einer Neuwahl mit der „Parole Zabern“ keinen allzu großen Verlust zu erwarten habe. In den Kreisen der bürgerlichen Mittelparteien glaubt man, wie uns heute versichert wird, nicht an die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung. Man erklärt, Herr v. Bethmann-Hollweg könne unmöglich einen Reichstag wie den jetzigen auflösen, wie er ihn gleich bequem wohl kaum wieder finden werde. Selbst wenn die Neuwahlen einen Stimmengewinn der äußersten Rechten ergeben sollten, so hätte doch sowohl die Tagung des Preußenbundes wie auch die Bündlerparade wieder gezeigt, daß sich hierbei für den Reichskanzler nichts weniger als eine Erleichterung seiner Situation sowohl in bezug auf die innere wie auf die äußere Politik ergebe. Heute, die eingeweicht sein müssen, sind aber endlich auch der Meinung, daß der Kaiser durchaus nicht in Konfliktstimmung sei, daß also die Regierung einen Anlaß zur Reichstagsauflösung, der sich freilich bei jeder Gelegenheit leicht würde finden lassen, zurzeit wenigstens nicht hat. Immerhin scheint die Luft gemüthlicher und die parlamentarische Arbeit vollzieht sich, wie ja gar nicht zu leugnen ist, noch immer im Zeichen einer ausgebrochenen Krisenstimmung.

### Die neue Reichsbefoldungsvorlage.

8. Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die neue Befoldungsvorlage für das Reich wird, wie wir aus guter Quelle erfahren, in 14 Tagen dem Reichstag zugehen. Über den Inhalt sind wir in der Lage folgenden mitzuteilen: Aufgebessert werden die Gehaltsklassen 1 bis 6b, d. h. alle diejenigen Unterbeamten, die ein Einkommen bis zu 1700 M. Höchstgehalt haben. Die Aufbesserung wird in jeder Stufe 100 M. betragen. Die gehobenen Unterbeamten sind von der Aufbesserung ausgeschlossen. Außerdem bringt die Vorlage die Gleichstellung der Assistenten der Reichsbahn und der Reichsdruckerei mit den Postassistenten. Sie werden auf ein Gehalt von 1800 bis 3600 M. gebracht. Weiter zieht die Befoldungsnovelle Konsequenzen, die sich aus Organisationsänderungen, Titelländerungen usw. ergeben. Diese Änderungen sind in die neue Befoldungsordnung eingearbeitet. Schließlich erfolgt noch eine Aufbesserung der Bezüge der Deckoffiziere, die künftig 2100 bis 3000 M. und einen Wohnungsgeldzuschuß der Tarifklasse 4 erhalten sollen. Die Begründung der Vorlage wird nur einige wenige Teile enthalten. Über den finanziellen Effekt der Aufbesserung wird die Vorlage nichts enthalten. Wahrscheinlich soll die Deckung durch einen Ergänzungsetat erfolgen.

### Ein neuer Besuch Kaiser Wilhelms in Wien.

8. Wien, 17. Febr. Wie in Hofkreisen verlautet, wird Kaiser Wilhelm im Frühjahr dem Kaiser Franz Joseph einen kurzen Besuch in Wien machen. Der Kaiser wurde von dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand nach Konopischt eingeladen und hat diesen Besuch zugesagt. Bei Gelegenheit dieses Besuches will Kaiser Wilhelm dann auch nach Wien kommen, um einige Stunden bei Kaiser Franz Joseph in Schönbrunn zu verbringen.

Die Regierung und die Beratung des Waffengebrauchs in Friedenszeiten.

++ Berlin, 17. Febr. Gegenüber den Zweifeln, die von verschiedenen Seiten laut geworden sind, daß sich die Verbündeten Regierungen an den Beratungen der Kommission über die Anträge, betr. den militärischen Waffengebrauch in Friedenszeiten, beteiligen wollen, teilt der „Kölnische Anzeiger“ erneut auf Grund zuverlässiger Informationen mit, daß die Regierung vertreten sein wird.

### Zum Zusammentritt der Zabern-Kommission.

8. Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die sog. Zabern-Kommission des Reichstags tritt, wie schon angekündigt, am Mittwoch zur ersten Beratung zusammen. Wie mitgeteilt wird, erwartet man bestimmt, daß trotz aller Drohungen der Konfessionellen der Kriegsminister Vertreter in die Kommission entsenden wird.

Die deutsch-englischen Verhandlungen zur Afrika-Frage. ++ London, 17. Febr. Offiziell von offiziöser Seite beeinflusst, meldet „Reuter“, daß die Verhand-



lungen zwischen Deutschland und England bezüglich der Afrikafrage, die im letzten Sommer begannen, noch zu keinem endgültigen Abkommen führten, vielmehr noch fortdauern.

#### Fortschrittliche Wahlparole für den sozialdemokratischen Kandidaten in Reichow.

S. Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht) Während die örtliche Organisation der Volkspartei in Reichow für die Stichwahl am 20. Februar die Stimmenabgabe freizustellen beabsichtigte, aber noch keinen bindenden Beschluß faßte, hat sich jetzt, wie wir hören, die Berliner Zentralfstelle der fortschrittlichen Volkspartei entschlossen, ihrerseits eine Parole auszugeben, und den Wählern von Reichow das Eintreten für den Sozialdemokraten Haupt zu empfehlen. Maßgebend für diesen Beschluß war, daß die Situation noch immer so geartet erscheint wie bei der Hauptwahl und man insbesondere von einem konservativen Wahlsieg eine weitere Schwächung der ohnehin kleinen Mehrheit der Linken befürchtet. Die „Liberale Korrespondenz“ veröffentlicht heute Abend mit ausführlicher Begründung die Wahlparole.

#### Übermalige Wahlanfechtung in Offenburg-Rehl.

○ Karlsruhe, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Wahl des Bezirksabgeordneten Dr. Wirth im Wahlkreis Offenburg-Rehl wird wegen verschiedener Wahlmängel, nämlich des Nichterscheinens und Verstoßes gegen die Wahlordnung von den National Liberalen angefochten werden.

#### Der Dank der Flugschiffpiloten.

■ Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der Bund deutscher Flugschiffpiloten hat laut „Berl. Börsenkurier“ den Abgeordneten Dr. Müller-Reinigen, Dr. Wiemer und v. Bahrer seinen öffentlichen Dank für ihr Eintreten im Reichstag für den Flugschiffbau ausgesprochen.

#### Kosowzow weist das Geldgeschenk des Zaren zurück.

++ Petersburg, 17. Febr. Kosowzow hat die Summe von 300 000 Rubel, die ihm in Anerkennung seiner Verdienste vom Zaren angeboten wurde, zurückgewiesen, was hier in allen politischen Kreisen viel beachtet wird. Kosowzow äußerte sich bei der Ablehnung, er sei nicht so, wie andere Minister, womit Graf Witte gemeint ist, der bei seiner Verabschiedung die gleiche Summe angenommen hat und jetzt gegenüber Kosowzows Ausrufung meinte, es sei ehrenvoller, die Gelder vom Zaren, als vom Vorsitzenden der Petersburger Diskontobank anzunehmen.

#### Aushebung einer Spielhölle.

++ Gelsenkirchen, 17. Febr. In der heutigen Nacht wurde in Gelsenkirchen von der Kriminalpolizei in der Wohnung eines Hauptmanns Schyma eine Spielergesellschaft ausgehoben. 21 Personen, darunter auch zweifelhafte Größen, die der Polizei hinlänglich bekannt sind, wurden festgenommen. Der Veranstalter der Glücksspiele wurde in einem Reiseforb verhaftet aufgefunden.

#### Stürzender Temperatursturz am Oberrhein.

wb. Karlsruhe, 17. Febr. Im Laufe des heutigen Tages trat in der Rheinebene ein plötzlicher Temperatursturz ein.

Das Thermometer, das gestern nachmittags noch 16 Grad Wärme anzeigte, stand heute auf 1 Grad über Null. Im Schwarzwald und in den Vogesen hat sich bereits wieder leichter Schneefall eingestellt. Aber auch im Flachlande ist der Regen zum Teil wieder in Schnee übergegangen. Gegen Abend hat sich das Wetter aufgeklärt.

#### Schneefall in Thüringen.

++ Gotha, 17. Febr. Seit gestern Nacht herrscht im Thüringer Wald anhaltender Schneefall. Die Temperatur zeigt 0 Grad, Frost ist in Aussicht.

#### Ein entlaufener Bär.

hd. Gera, 17. Febr. Im hiesigen Residenz-Theater gastiert zurzeit eine Artistentruppe, die zwei Bären mit sich führt. Einer der Tiere entkam aus dem Käfig und gelangte ins Freie. Das Tier durchlief einige Straßen der Stadt und verursachte unter der Bevölkerung eine große Panik. Ein Fleischerlehrling, der sich dem Tier entgegenstellte, wurde erheblich verletzt, ebenso ein Schuhmann, der den Bär einzufangen versuchte. Nach einigen Stunden gelang es, den Bär im Wald zu stellen und zu fesseln.

#### Umfangreiche Unterschlagungen zweier Bankbeamter.

wb. Alsborg, 17. Febr. In der Laans- und Diskont-Bank in Alsborg unterschlugen zwei Beamte, die privatim an der Börse spielten, 641 000 Kronen im Laufe der letzten acht Monate. Das aktive Kapital, Reserven und Garantiefonds der Bank bedeckten die Unterschlagungen, so daß die Kundschaft schadlos ist.

#### Ein Flug über die Sierra Nevada.

++ New York, 17. Febr. Der Flug Barmelins über den Mont Blanc hat den Amerikaner Elias Christoffer zu einem Flug über die Sierra Nevada in Kalifornien veranlaßt. Christoffer begann gestern mit seinem Flug in San Francisco. Er legte 260 Kilometer zurück und erreichte eine Höhe von 2500 Meter.

wb. Berlin, 17. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Der Reichsfängler empfing gestern nachmittags den Prinzen zu Wied und heute vormittags den Grafen von Belgard, Herrn v. Griesinger.

\* Fosen, 17. Febr. Der Provinzialvorsitzende des Bundes der Landwirte für Fosen, Major a. D. Endell, ist gestern Abend nach längerer Krankheit gestorben. Major Endell wurde weiteren Kreisen durch seinen Konflikt mit dem Landrat von Billig in Birnbaum bekannt.

++ Gießen, 17. Febr. Brunhilde Wälden, die den Affessor Mettelbed erschossen hat, stellte sich heute vormittags in Begleitung eines Verwandten und eines Rechtsanwalts der hiesigen Staatsanwaltschaft.

++ Budapest, 17. Febr. In den Morgenstunden wurde hier ein Mädchen erdrosselt aufgefunden. Als Täter meldete sich der 24jährige Tagelöhner Martin Hügli, der sich gleich nach vollbrachter Tat der Polizei stellte. Die Untersuchung ergab, daß es sich um einen Raubmord handelt.

## Handelsteil.

### Die Aussichten des Arbeitsmarktes.

Soweit sich das Geschäftsleben nach den Äußerungen der großen Firmen über den Eingang von Aufträgen und nach verschiedenen anderen Symptomen beurteilen läßt, scheint sich eine kräftige Belebung der Konjunktur in der gewerblichen Warenherstellung anzubahnen. In Berlin sind diesmal die Einkäufer der großen Warenhäuser und Spezialgeschäfte des In- und Auslandes besonders zahlreich eingetroffen und allgemein wird zugegeben, daß sie sehr kaufwillig gewesen seien. Offenbar beurteilt die Geschäftswelt angesichts der leichteren Geldmarktsverhältnisse und der im allgemeinen ruhigen politischen Lage die Aussichten jetzt bedeutend günstiger. Man darf wohl hoffen, daß verschiedene jetzt sehr harniederliegende Zweige des Textilgewerbes und der Bekleidungsindustrie sehr bald wieder eine mindestens befriedigende Beschäftigung haben werden. Die Gunst des Wetters läßt einen zeitigen Beginn und guten Verlauf des Frühjahrsgeschäfts erwarten. Weitgehende Hoffnungen knüpfen sich an die kommende Bausaison. Demgegenüber ist zu berücksichtigen, daß die Besserung der Geldmarktslage nicht im Handumdrehen auf den Bauplan zurückwirkt. Die vom Geldmarkt ausgehende Befruchtung der Unternehmungslust macht vielfach erst den Umweg über die Börse oder den Hypothekenmarkt. Dann bedarf aber jeder Bau noch einer längeren Vorbereitungszeit. Die Belebung der Baukonjunktur dürfte also wohl nicht durchweg gleich bei Beginn der Saison, sondern vielfach erst im Sommer recht deutlich zum Ausdruck kommen. Auch für die Herbstmonate kann noch mit einer lebhaften Bautätigkeit, ähnlich wie im Jahre 1911, gerechnet werden. Immerhin dürfte die Arbeitsgelegenheit für Erdarbeiter, Tagelöhner usw. schon sehr bald zunehmen, zumal ja auch im Kanal- und Tiefbau wieder kein Mangel an Aufträgen herrscht. Sehr stark ist in diesem Jahre der Arbeiterbedarf der Landwirtschaft. Die günstigen Kriebsergebnisse des Vorjahres haben auf die deutsche Landwirtschaft kräftig ermutigend gewirkt. Die Viehhaltung scheint sich wieder etwas zu heben, und die Frühjahrseinstellung kann in diesem Jahre jedenfalls sehr zeitig begonnen werden. Die Industrie wird vermuthlich in absehbarer Zeit ihre Beschäftigten wieder erhöhen können. Das gilt in erster Linie von der Verfeinerungsindustrie. Allmählich wird natürlich auch die Schwerindustrie von der Belebung ergriffen werden. Wenn man nun auch auf der einen Seite die Aussichten für die Nachfrage nach Arbeitskräften als günstig bezeichnen muß, so ist damit noch nicht ohne weiteres gesagt, daß die Arbeitsmarktslage sich ganz allgemein günstig gestalten wird. Wer die Arbeitsmarktskrise lediglich als Folge einer flauernden Beschäftigung ansah, muß zwar von einer Belebung der Konjunktur ohne weiteres eine Beseitigung der jetzigen Überlastung des Arbeitsmarktes erwarten. Wer aber erkannt hat, daß die Ursachen der abnorm hohen Arbeitslosigkeit nicht so an der Oberfläche liegen, der wird die Aussichten nicht allzu optimistisch beurteilen. Eine leichte Senkung des Andrangniveaus am Arbeitsmarkt ist für die kommenden Monate ganz selbstverständlich zu erwarten, es ist aber ausgeschlossen, daß der Druck, der nicht seit heute und gestern, sondern schon seit den Kriegsjahren 1908/09 vorhanden ist, ohne weiteres weichen kann. Auch wenn die Zuwanderung ausländischer Arbeit und die Konkurrenz der Frauennarbeit etwas eingedämmt werden könnte, so würde es doch einer Geschäftserhebung von längerer Dauer bedürfen, um das Übergewicht am deutschen Arbeitsmarkt wieder auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

### Berliner Nachbörse.

§ Berlin, 17. Februar. (Per Ultimo.)

Kreditaktien	206 1/2	Kanada	215 1/2	Rhein. Stahlw.	163 1/2
Hand.-Gesell.	163 1/2	Orientbahn	108	Rombacher	163 1/2
Commerzbank	112 1/2	Meridional	108	Pakettfahrt	143 1/2
Darmstädter Bank	123 1/2	Pennsylvania	108	Hambg.-Slidam	179 1/2
Deutsche Bank	280 000	Henri	163	Hans.-Dampsch.	206
Disk.-Komm.-Bank	169 1/2	4 1/2 Russen (1902)	91 1/2	Lloyd	126 1/2
Dresdner Bank	159	Türkenlose	169 1/2	Dynamit-Trust	180 1/2
Nationalbank	118	Ausente-Friede	168 1/2	Naphtha-Nobel	407
Schaffhausen	105 1/2	Bochumer	226 1/2	Allg. Elektrizität	250 1/2
Pet. Ind. Hdbk.	209 1/2	Luxemburger	145 1/2	D.-Uebersee-El.	180
Lüb.-Büchener	105 1/2	Oelsenkirchen	195 1/2	Siemens	221 1/2
Schantzbank	140 1/2	Harpener	188 1/2	Schuckert	154 1/2
Lombarden	29 1/2	Hohenlohewerk.	127 1/2	Ges. f. elektr.	171 1/2
Anstalt	117 1/2	Landshütte	165	Unterr.	171 1/2
Baltimore	95 1/2	Phönix	244 1/2	South-Westfr.	120 1/2

### Frankfurter Nachbörse.

== Frankfurt a. M., 17. Febr. Kurse von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr. Kreditaktien 206 1/2, Disconto-Kommandit 199 1/2, Dresdner Bank 158 1/2, Länderbank 140, Peterab. Int. Handelsbank 210, Staatsbahn 156 1/2, Lombarden 22 1/2, Baltimore und Ohio —, Schantungbahn 139, — a 140 1/2 a 3/4, Pakettfahrt —, Nordl. Lloyd 126 1/2, Deutsch-Luxemburger 144 1/2, Phönix 244 1/2 a 3/4, Edison 250 1/2.

### Banken und Geldmarkt.

== 4 1/2proz. amortisierbare Ungarische Staats-Renten-Anleihe. Auch die Mitteldutsche Creditbank hier nimmt Anmeldungen auf diese Anleihe bis Samstag, den 21. d. M., kostenlos entgegen.

== Preussische Schatzanweisungen. Der erste Kurs der neuen preussischen Schatzanweisungen stellte sich auf 97.60 Prozent.

\* Vereinsbank in Nürnberg. In 1913 erfuhr der Hypothekenbestand einen Rückgang von 343.11 Mill. M. auf 339.57 Mill. Mark. Die Summe der ausgegebenen 4proz. Bodenkredit-Schuldverschreibungen stieg weiter auf 166.14 (160.29) Mill. M., während die 3 1/2proz. Schuldverschreibungen auf 164.84 (169) Mill. M. zurückgingen. Die Hypothekenzinsen erbrachten 14 643 621 M. (14 539 853 M.), während die Pfandbriefzinsen 12 373 751 M. (12 255 639 M.) erforderten. Es verblieb mithin ein Zinsüberschuss von 2 269 870 M. (2 284 214 M.). Einschließlich 495 248 M. (487 791 M.) Vortrag betrug der Gesamtgewinn 3 893 392 M. (3 733 363 M.), der folgende Verwendung erhalten soll: Talonsteuerrücklage wieder 40 000 M. Rücklage 300 000 M. (260 000 M.), Gewinnanteile 327 628 M. (308 114 M.), wie schon gemeldet, wieder 12 Proz. Dividende gleich 2 530 000 M. (2 430 000 M.) und Vortrag 505 763 M.

\* Mitteldutsche Bodenkredit-Anstalt in Greiz und Frankfurt a. M. Der Aufsichtsrat beschloß, wie uns mitgeteilt wird, der für den 23. März d. J. nach Greiz einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, aus dem 530 567 M. betragenden Reingewinn für 1913 die Verteilung einer Dividende von 4 1/2 Proz. (wie im Vorjahr) zu bewirken und 91 463 M. auf neue Rechnung vorzutragen. Der Vorstand teilte mit, daß die am 5. Januar d. J. zur Zeichnung aufgelegten 3 Millionen 4 1/2proz. Grundrentenbriefe erheblich überzeichnet worden seien und daß der bisherige Geschäftsgang des neubegonnenen Jahres günstige Aussichten eröffne.

\* Die Dresdner Bank wird in einigen Tagen in Altenburg eine Filiale eröffnen.

\* Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank. Das Institut erzielte 1913 einen Reingewinn von 2 179 807 M. (2 142 599 M.), aus dem eine Dividende von wieder 15 Proz. zur Verteilung gelangt.

### Industrie und Handel.

= A.-G. Neptun, Hamburg, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht) In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft Neptun, Schiffswerft und Maschinenfabrik in Rostock, wurde einstimmig beschlossen, der am 18. März stattfindenden Generalversammlung nach Vornahme genügender Abschreibungen eine Dividende von 6 Proz. gegen 4 Proz. im Vorjahr vorzuschlagen.

\* w. Bremer Wollkämmerei, Bremen, 17. Febr. Der Aufsichtsrat der Bremer Wollkämmerei schlägt für 1913 30 Proz. Dividende wie im Vorjahr vor.

\* Niederrheinische A.-G. für Lederfabrikation zu Wick Rath. Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 11 Proz. (i. V. 9 Proz.) vor.

\* Carlton-Hotel, A.-G., Frankfurt a. M. Das Unternehmen erzielte 51 483 M. (46 866 M.) Reingewinn, woraus 5 Proz. (wie i. V.) Dividende verteilt werden sollen.

### Verkehrswesen.

\* Die Ratenermächtigung der Hamburg-Amerika-Linie, welche bereits im Berliner Börsenbericht des gestrigen Abendblattes erwähnt wurde, ist erfolgt, um deren Raten in Einklang mit den Raten der englischen Linien zu bringen, welche bekanntlich eine Ermäßigung vor etwa 14 Tagen vorgenommen hatten. Die kontinentalen Linien, die sämtlich ermäßigt haben, sind erfolglos. Mit den englischen Linien sind Verhandlungen im Gange, um bei diesen eine Herabsetzung ihrer Raten auf das Niveau der deutschen herbeizuführen. — Die Hamburg-Amerika-Linie teilt dazu folgendes mit: „Bei der Ermäßigung der Zwischendeckrate nach New York handelt es sich nicht um eine neue Kampfmaßnahme, sondern um eine vorübergehende Ermäßigung, um den Preis auf die gleiche Basis zu bringen, wie die englischen Linien.“

\* Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft. Der Betriebsergebnis beträftlich auf 11.48 Mill. M. (i. V. 9.13 Mill. M.). Nach Abschreibungen auf Dampfer, Schlepper und Leichter von 7.08 (6.02) Mill. M. erhöht sich der Gewinn auf 3.78 (2.27) Mill. M., aus dem wieder 14 Proz. Dividende auf das um 10 Mill. M. auf 25 Mill. M. erhöhte Aktienkapital verteilt werden.

\* Der Nordl. Lloyd wird den regelmäßigen Fahrdienst zwischen Emden-New York am 10. April d. J. eröffnen. Für die erste Reise von Emden ist der auf der Schiffswerft von Blohm und Voß in 1909 erbaute Passagierdampfer „Rhein“ (10 068 Tonnen) vorgesehen.

\* Die Große Berliner Straßenbahn erzielte einen Reingewinn von 9.50 Mill. M. gegen 10.40 Mill. M. im Vorjahr. Die Dividende beträgt 8 Proz. (8 1/2%).

### Marktberichte.

O. Heu- und Strohmärkte zu Frankfurt a. M. vom 17. Febr. Man notierte: Heu per 50 Kilo 2.80 bis 3.10 M. Geschäft: ruhig. Die Zufuhren waren aus den Kreisen Friedberg, Hanau und Dieburg.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 14 Seiten (sowie die Beilagebeilagen „Der Roman“ und „Mit-Raffau“).

Verantwortlich: H. Degenhart

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Degenhart; für den Redaktions-Teil: H. Degenhart; für den Anzeigen-Teil: H. Degenhart; für den Verlags-Teil: H. Degenhart; für den Druck-Teil: H. Degenhart; für den Vertrieb-Teil: H. Degenhart; für den Anzeigen-Teil: H. Degenhart; für den Verlags-Teil: H. Degenhart; für den Druck-Teil: H. Degenhart; für den Vertrieb-Teil: H. Degenhart.

Druck und Verlag der H. Schellberg'schen Hof-Druckerei in Wiesbaden.

Spezialdruck der Redaktion: 12 bis 1 Uhr, in der politischen Abteilung von 10 bis 11 Uhr.



\* Eine Jubiläumseinführung des früheren Handelsministers v. Möller. Der frühere Handelsminister von Möller hat zur dauernden Erinnerung an die Befreiungskämpfe vor 100 Jahren und zum Andenken an das 25jährige Regierungsjubiläum des Kaisers unter



dem Namen „Möller-Gedächtnisstiftung Eigenheim“ eine Stiftung errichtet, die Erwerb von Bau- und Wohnland zur Ansiedelung von Arbeitern und Angehörigen der beiden Firmen A. Th. Möller und Friedrich Möller in Brodowiede bezweckt.

Die günstigen Folgen des Generalparcours. Im Kreise Schwere sind infolge des Generalparcours bei der Einschätzung zum Wehrbeitrag an Kapitalvermögen bisher 11 000 550 M. mehr als früher deklarieren worden. Hieron entfallen auf die Stadt Schwere allein 3 023 915 M. — Im Fürstentum Birkenfeld haben sich bei der Erklärung zur Wehrbeitragssteuer 19 Millionen Mark mehr ergeben als bisher veranschlagt wurden. Auf die Städte Idar und Oberstein kommen davon 11 Millionen Mark. — Der Wehrbeitrag wird in Duisburg nicht unter einer halben Milliarde Mark veranschlagt.

Der Präsidentenwechsel im Deutschen Kriegerbund. In der Leitung des preussischen Landeskriegerverbandes, des Deutschen Kriegerbundes, des Ruffhäuserbundes und des Deutschen Landeskriegerverbandes ist jetzt der bereits angekündigte Wechsel eingetreten. Unterm 9. Februar ist durch Ministerratsbescheid die Wahl des Generals der Infanterie von Plötz zum Präsidenten bestätigt worden.

Schadensersatzklage gegen einen sozialdemokratischen Verlag. Nach der Landtagswahl 1913 für den Wahlkreis Oberfeld-Barmen, bei der bekanntlich der Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien gewählt wurde, erschien im sozialdemokratischen Verlag der Rolfenbude ein Buch unter dem Titel „Was muß man von der Landtagswahl wissen?“ In dem Buchlein waren u. a. sämtliche Geschäftsleute von Oberfeld und Barmen aufgeführt, die für den Kandidaten der bürgerlichen Parteien ihre Stimme abgegeben hatten. Drei von diesen haben nun gegen den Verlag von Rolfenbude und gegen den Verleger des Buches, den Sozialdemokraten Cohen, Schadensersatzklage auf je 225 M. angestrengt. Sie verlangen gleichzeitig mit der Klage auch das Verbot, die Bücher weiter auszugeben.

### Parlamentarisches.

Die allgemeine Sonntagsruhe in der Kommission abgelehnt. Die Kommission des Reichstags zur Beratung des Sonntagsruhegesetzes beschloß sich gestern mit einem Antrag, der volle Sonntagsruhe in den Städten von mehr als 75 000 Einwohnern vorseht. In kleineren Städten soll eine Beschäftigungsbauer bis zu drei Stunden zulässig sein, aber in Orten von über 10 000 Einwohnern nicht geleistet werden dürfen. Die höhere Verwaltungsbehörde soll überdies das Recht haben, in Städten unter 75 000 Einwohnern die Arbeitszeit um eine Stunde und in Städten unter 10 000 Einwohnern um zwei Stunden zu verlängern. Der national liberale Vertreter gab die Erklärung zu Protokoll, daß seine Freunde dem Antrag zunächst zustimmen, um den Interessenten Gelegenheit zur Anhörung zu geben, sich aber völlige Freiheit endgültiger Entscheidung vorbehalten. Von einem Mitglied der Konservativen und des Zentrums liegen Anträge vor, die unter besonderer Voraussetzung auch in Städten von mehr als 75 000 Einwohnern eine Beschäftigung bis zu zwei Stunden ermöglichen. Ein anderes Zentrumsmitglied kommt auf den von seiner Partei eingereichten Gesetzentwurf zurück, den er für klarer und exakter hält. Ein Regierungsvertreter spricht sich dagegen aus, diesen Gesetzentwurf des Zentrums der Beratung zugrunde zu legen. Darüber entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Die Kommission einigt sich dahin, daß die Einzelberatung in einer noch zu beschließenden Reihenfolge stattfinden soll. Die Einzelberatung erstreckt sich zunächst auf die Frage der Klosterrückführung. Ein Konservativer begründet den Antrag, in Städten von mehr als 75 000 Einwohnern zwei Arbeitsstunden zuzulassen, wenn ein Drittel der Geschäftsbetriebe es fordert und den beschäftigten Handlungsgehilfen ein freier Nachmittag in der Woche von 2 Uhr an gewährt wird. Der Antrag wird von sozialdemokratischer Seite bekämpft. Ein Votum tritt für den Gesetzentwurf des Zentrums ein. Ein Antrag der Sozialdemokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung auf völlige Sonntagsruhe wird mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Das Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte der Finanzminister auf eine Anfrage, daß die Denkschrift, betitelt: „Zur Sicherung der Bauforderungen“, die in der zweiten Hälfte des März dem Abgeordneten-

haus zugehen werde. Die Sammlung des Materials sei sehr umfangreich. Es müßte Einsicht genommen werden in die Substitutionskassen und die Grundbücher, und es müßten Fragebogen an die Handwerker versandt werden.

Der Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses. Zur zweiten Beratung des Justizhaushalts beantragt die national liberale Fraktion des Reichstags, die Verbündeten Regierungen um Vorlegung eines Gesetzentwurfes über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses zu ersuchen.

Eine Anfrage, betreffend die Gesundheitsverhältnisse im Heere. Eine kurze Anfrage wegen der Gesundheitsverhältnisse im deutschen Heere ist von dem Abg. Baffermann und Schiffer im Reichstag eingebracht worden.

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses hat gestern Abend die Wahlen der Abgeordneten Dr. Kunze (Dpt.), Graf Fredow (Konf.), Grauerl (Dpt.), beide in Brandenburg, und Wendebach (Dpt.) in Potsdam sowie eine Anzahl anderer Wahlen für gültig erklärt.

Zur gesetzlichen Regelung des Zugabewesens. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister hinsichtlich des Zugabewesens, daß die Majorität der Handelskammern sich dahin erklärt habe, daß das Gesetz über den unzulässigen Wettbewerb nicht ausreiche zur Bekämpfung. Es schwebten Erwägungen und Verhandlungen zwischen den Ressorts über eine gesetzliche Regelung. Weiterhin erklärte der Minister auf Anfragen, er habe einen Erlaß an die Versicherungsämter gerichtet, damit diese berichten, ob sich die Neuerrichtung von Landkrankenkassen empfiehlt, und bemerke dabei, daß die Neuerrichtung von Landkrankenkassen durch Verfügung der Aufsichtsbehörde erfolgen könne.

### Heer und Flotte.

Ein Militär-Zeppelinluftschiff für Bayern. Germersheim, 18. Febr. Die Heeresverwaltung wird dem bayerischen Heereskontingente neben der Vermehrung des Soldestandes auch ein Zeppelinluftschiff modernster Konstruktion bringen. Als Luftschiffstation ist die Festung Germersheim gewählt worden, da sie den Vorteil besitzt, daß sie ziemlich nahe der Grenze liegt.

Die Einweihung des neuen Reichsmarinemus. Auf Einladung des Nachrichtenbureaus des Reichsmarinemus fand sich gestern vormittag eine große Anzahl von Pressevertretern am Hauptportal des neuen Dienstgebäudes der obersten Marinebehörden in der Königin-Augusta-Straße ein, um unter der Führung des Kapitäns Lochlein und des Kapitänleutnants v. Janson einen zweistündigen Rundgang durch die wichtigsten Räume des gewaltigen Gebäudes auszuführen, das in aller Schlichkeit unsere großgewordene Flotte und die Marineverwaltung mächtig und eindrucksvoll repräsentiert. Der Bauleiter, Baurat Schubert, gab die technischen Erläuterungen. In den einzelnen bezogenen Abteilungen übernahmen deren Vorstände die Führung. Von der Größe des Baues erhält man ein gewisses Bild, wenn man sich vorstellt, daß sich 1380 heizbare Räume um 25 Höfe gruppieren. Die Länge der Korridore beträgt etwa eine deutsche Meile, die der Heizungsrohre 26 Kilometer.

Das deutsche Gesandtschaftsamt in Rio de Janeiro. Der Besuch der deutschen Kriegsschiffe in der brasilianischen Bundeshauptstadt macht dort offenbar einen ausgezeichneten Eindruck und erzeugt zugleich große Begeisterung. Die gesamte Presse bringt ausführliche Berichte über die Ankunft des Gesandtschafts und hebt die Pünktlichkeit und Sicherheit des Manövrierens der Schiffe hervor, besonders des Kreuzers „Strasburg“, welcher auf ein Signal mit kaum zu bewundernder Schnelligkeit die Spitze genommen habe. Auch die korrekte Haltung und Mannesucht der auf Landurlaub befindlichen Mannschaft wird gerühmt. Viele Zeitungen bringen Bilder des Gesandtschafts und des Offizierskorps und Angaben über die Gesamtstärke der deutschen Marine.

### Ausland.

#### Osterreich-Ungarn.

Die Ausgleichsverhandlungen in Böhmen. Wien, 17. Febr. Die „Deutsch-Böhmische Korrespondenz“ meldet: Ministerpräsident Stürgkh empfing heute die deutschen Abgeordneten zu einer Aussprache über das Vorgehen bei den Ausgleichsverhandlungen. Die Abgeordneten erklärten sich

einverstanden mit der Bildung dreier Subkomitees, nämlich für die Landesordnung, nicht der Landeswahlordnung, für den Sprachgebrauch bei den autonomen Behörden und für die nationale Abgrenzung. Die Abgeordneten erklärten jedoch ausdrücklich, die deutschen Vertreter hielten daran fest, daß die nationale Abgrenzung die Grundlage aller Ausgleichsarbeit bilde, und daß die Deutschen lediglich auf der Grundlage ihrer eigenen Entwürfe in Verhandlungen eintreten könnten und nicht auf der Grundlage der von der Regierung vorgelegten Befehle.

#### Belgien.

Der Reitunfall des Königs. Brüssel, 17. Febr. Der Unfall, der den König traf, ereignete sich durch das Aufsteigen seines Pferdes, das, wie erwähnt, über einen Stein stolperte und zu Fall kam. Der König, der von seinem Adjutanten du Roy de Siquay begleitet wurde, kam unter das Pferd zu liegen und hat außer einem Bruch des Oberarmknochens Hautabwühlungen davongetragen. Sein Zustand ist nicht ernst. Der König ist fieberfrei.

#### Frankreich.

Die Epidemien im Heere. Paris, 17. Febr. Die Epidemien im französischen Heere fordern noch immer ihre Opfer. In Epinal sind jetzt wieder drei, in Reims ein neuer Todesfall zu verzeichnen. In der Garnison von Valence wütet Scharlach und Genickstarre. Man zieht jetzt bereits in Erwägung, die jetzt zu einer Übung einberufenen Reservisten wieder in die Heimat zu entlassen. (Vergl. letzte Drahtberichte.)

Die weiblichen Orden. Paris, 17. Febr. Der Minister des Innern brachte in der heutigen Kammer Sitzung einen Gesetzentwurf über das von 20 weiblichen Orden vor längerer Zeit gestellte Ansuchen um behördliche Anerkennung ein. Die Regierung hat bezüglich dieses Ansuchens ein durchweg ablehnendes Gutachten abgegeben. Von diesen 20 Orden haben sich übrigens 19 freiwillig aufgelöst. Der am 7. Juli d. J. die den Schulanstalten gewährte jährliche Prämie abläuft, hat der Minister des Innern die Präfecten ersucht, ihm die Zahl dieser in ihren Departements gegenwärtig noch bestehenden Schulanstalten bekannt zu geben.

Das Schicksal der 10 000-Franken-Spende Viktor Napoleons. Paris, 17. Febr. Gegenüber der Behauptung eines bonapartistischen Blattes, wonach die Regierung die von dem Prinzen Viktor Napoleon anlässlich der Geburt seines Sohnes den Pariser Armen gemachte Spende von 10 000 Franken abgelehnt habe, wird in einer amtlichen Note erklärt, daß die Spende keineswegs zurückgewiesen worden sei. Ihre Annahme sei lediglich aufgeschoben worden bis zu dem Tage, wo sie nicht mehr den Charakter einer politischen Kundgebung trage.

Ein Denkmal für Deroulade. Nizza, 18. Febr. Das hiesige Komitee der Patrioten hat zwecks Errichtung eines Denkmals für Paul Deroulade in der hiesigen Stadt eine öffentliche Sammlung ausgeschrieben.

#### England.

Rüstungseinschränkung und Bagdadbahn im Unterhause. London, 17. Febr. In der heutigen Sitzung stellte Lord Salisbury an den Lord der Admiralsität folgende Anfrage: 1. ob die Erklärung des Staatssekretärs des Reichsmarinemus in der Budgetkommission des Reichstags vom 4. Februar des Inhalts, daß von Großbritannien hinsichtlich der Einschränkung im Schiffbau noch keine positiven Vorschläge an Deutschland gemacht worden seien, aber solche, wenn sie gemacht würden, wohlwollend geprüft würden, die Aufmerksamkeit Churchill's gefunden habe, 2. ob Churchill erklären wolle, welcher Art die Deutschland gemachten Mitteilungen wären, in welcher Form und wann sie erfolgt wären? Churchill antwortete schriftlich, daß der Gegenstand für eine Diskussion in der Form von Frage und Antwort nicht geeignet sei. Soweit das öffentliche Interesse es erlaube, werde er selbst oder Sir Edward Grey die entsprechenden Mitteilungen bei der Beratung des Marinebudgets machen. — In Beantwortung einer Anfrage von Sir J. D. Neill, betreffend den gegenwärtigen Stand der Bagdadbahn-Angelegenheit, verwies Sir Edward Grey auf den in der Thronrede des Königs vom 10. ds. enthaltenen Satz, betreffend die Fortschritte in den Unterhandlungen mit Deutschland und der Türkei, und fügte hinzu, daß bei diesen Unterhandlungen, die noch nicht abgeschlossen seien, die aber auf dem in der letzten Session ge-

### Berliner Kunstbrief.

In einer sonst recht uninteressanten Ausstellung des „Künstlerhauses“ fallen Stilleben des Wiesbadener Malers Ernst Löffler angenehm auf.

Decorative Gemäldespiele sind es aus den zärtlichen, amateurehaften Händen eines Sammlers seltener und lapidarer Dinge, der — wie die kosmopolitischen Bibliothekskataloge es nennen — „choses très rares et recherchées“. Japonerien stellt er zusammen: eine Buddha-Statuette, deren dankbarer Kultus freilich allen Komponisten von Ubbelot-Arrangements gemeinsam ist, aber sehr raffiniert und deklamatorisch wirkt dazu die Gefäße aus mitonem Kephrit in den verästelten Durchdringungen ihrer Körper, die Lachsfische, der blaue Hintergrund und die eigene wolfige, wie von Ambra-Rauchwerk erfüllte Atmosphäre. Eine andere Studie bringt „Berliner Porzellan“ und erscheint wie eine Bierschale aus dem Studio des Insel Jajon der Jettchen Webers: ein gelbes Reizpöppchen, das sich im Ovalglas eines Schmelzschälchens spiegelt. Moderne Dämonen gibt die Symphonie en blanc: Ermerie-Ruancen voll lächelnder Helle des Porzellans, mit dem Einschlaf eines grauen Jintons. Löfflers Liebe aber sind die Gläser. Auf hauchigem Stoff, feinsten Schimmernd, werden sie angeordnet: wölfige Augelflaschen, Schalen, Stengelpokale, Stangenocher mit angehängten Tränen. Die transzendenten Lichtspiele, die optischen Schwingungen geben den künstlerischen Reiz und eine raffinierte Nuance sind dabei die sachverständig — gleich Wiener Werkstatt-Ornament — gemusterten oder getupften Hintergründe, die ihre Koloristik in den gläsernen Flächen spiegeln.

Wie von Gogh komponiert Löffler Stilleben aus Büchern, und zwar werden gerade die Stillebe eines aufgeschlagenen Quartanten phantastische Tonanregung. Gegenüber solcher Art ist nicht nur der Jintopf mit lila Blumen und der Totenkopf unter dem Blumenzweig „Itärende Herzen“ etwas konventionell akademisch an. Junge „Maltheisene“ zeigen übrigens immer den Hang zu solchen Malabre-Kopiergloss. Man liest das jetzt wieder in den Jugendbüchern

Stauffer-Berns, die so sehr an des Grünen Heinrich malerische Jahre anklängen, und auch der zog mit dem Zwischenschädel im Rängen auf die Wanderschaft.

Felix Poppenberg.

### Rus Kunst und Leben.

Der Richard Wagner - Verband deutscher Frauen (Ortsgruppe Wiesbaden) hatte gestern zu einer besondern Veranstaltung in den Räumen des „Kasino“ eingeladen. Eine zahlreich erschienene distinguierte Gesellschaft vereinigte sich zunächst im großen Saal, woselbst das Podium reich mit Blumen geschmückt war; von einem Hintergrund von Lorbeer und Palmen erhob sich die Wüste A. Wagners. An einem Rednerpult nahm hier Herr Kammerlänger Forchhammer Platz und hielt einen Vortrag über „Richard Wagner als Dramatiker“. Der hellste und geschäteste Tenorist zeigte sich dabei von neuem als ein „denkender Künstler“. Er entwickelte in seinem fast anderthalbstündigen Vortrag die Ideen, die Ziele und das Wesen der dramatischen Schöpfungen A. Wagners. Und wenn zu diesem Thema an sich auch heute wohl kaum noch etwas absolut Neues zu sagen blies, so wachte der Redner doch das Allseitige durch manche geistvollen Annahmen und Betrachtungen interessant zu beleuchten. Es kam ihm dabei nicht wenig zustatten, daß er als ausübender Künstler längt eine so innige Vertrautheit mit dem Stoffe gewann, den er offenbar sehr gründlich durchdrungen hat. Den lichtvollen Ausführungen des Herrn Forchhammer, dessen schönes Organ und deutsche Aussprache höchst sympathisch berührten, folgte die Zuhörerschaft mit gespannter Anteilnahme und lebendiger zum Schluß sehr stürmischen Beifall. In den Reden jenen erlaubten sich nunmehr die Gäste während einer halbstündigen Pause an Tee und sonstigen Erfrischungen, wobei sich ein lebhaft angeregtes Gesprächsleben entwickelte. In den Hauptsaal zurückgekehrt, lauschte man dann mit Vergnügen dem letzten Teil des Programms: den Gesangsbeiträgen, welche Frau A. Forchhammer, von Herrn Professor Mannhede mit Flügel begleitet, übernommen hatte. Die anmutige Sängerin, die sich bisher noch

nicht öffentlich hier hören lassen, überraschte durch ihre wohlgeschulte, ebenso ausgiebige, als weichtimbrierte Stimme und den feinsten Ausdruck, mit dem sie eine Anzahl nieder nordischer Komponisten vortrug. Den meist zart-elegischen Stimmungsgehalt dieser Gesänge von Sinding, Lange-Müller, Björklöv usw. traf Frau Forchhammer mit künstlerischem Geschma und Verständnis. Auch ihr wurde reichlicher Beifall zuteil; und so schied das Publikum mit den angenehmsten Eindrücken von dieser wohl gelungenen Veranstaltung.

### Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Im Berliner königlichen Opernhaus wurde Sonabend in Deutschland selten aufgeführte große Oper „Roméo und Julia“ mit Herrn Jadowitz und Fräulein Alfermann in den Titelfrollen bei dicht besetztem Hause unter lebhaftem Beifall gegeben. Neben den genannten Künstlern waren insbesondere die von Professor Mühl einstudierten Chöre vortrefflich.

Gibende Kunst und Musik. Der Münchener Maler Adolf Heller, der sich seit einiger Zeit in Berlin aufhält, ist vorgestern vom Tode überrascht worden. Er brach im Refektor in Charlottenburg plötzlich zusammen und starb nach wenigen Minuten. Adolf Heller stand im 40. Lebensjahre und war in Hamburg geboren. Nach seinen Studienjahren in Düsseldorf lebte er in München. Er wurde besonders durch seine Damenbildnisse bekannt.

Wissenschaft und Technik. Die neue königl. Bibliothek in Berlin wird in Anwesenheit des Kaisers am 22. März, am Todestag des Kaisers Wilhelm I., feierlich eingeweiht. Zu der Feier werden an den Bundesrat, die Minister, Parlamente und das diplomatische Korps Einladungen ergehen.

Zur Feier des 80. Geburtstages Professor Haacke hatte die Berliner Ortsgruppe des Deutschen Künstlerbundes gestern ihre Mitglieder und deren Gäste in den Kaiserpalast des Zoologischen Gartens geladen.

Der Sanftmütige Adolf Holmann, ordentlicher Professor an der Freiburger Universität, ist 75 Jahre alt gestorben.



kennzeichnenden Weg fortschritten, auch die Frage über die Eisenbahnen in der asiatischen Türkei imbezogen sei.

### Rußland.

**Frankreichs neuer Botschafter.** Petersburg, 17. Febr. Der französische Botschafter in Petersburg, Palologue, wurde mit den Herren der französischen Botschaft heute mittag vom Zaren in Zarstolze Stube empfangen, wobei der neue Botschafter sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

**Neue Festlegung des Budgetjahres.** Petersburg, 17. Febr. Die Reichsduma hat einen Antrag angenommen, durch welchen der Anfang des Budgetjahres vom 14. Jan. auf den 1. April verlegt wird. Die Regierung erklärte sich bereit, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten.

**Die Beziehungen zu Skandinavien.** Petersburg, 17. Febr. In einer Sitzung der russischen Gruppe der Interparlamentarischen Union forderte der Generalsekretär der Union, Christian Lange, die russische Gruppe auf, an einer Konferenz in Stockholm teilzunehmen in anbetragt dessen, daß 100 Jahre vergangen sind, seitdem die skandinavischen Staaten keinen Anlaß zu einer Verletzung des internationalen Friedens gegeben haben. Lange hob in seiner Ansprache hervor, daß alle skandinavischen Staaten die Herstellung enger Beziehungen zu dem russischen Volk wünschen. In der Hoffnung, durch persönliche Kenntnis zu einem freundschaftlichen Einverständnis zu kommen, brachten die Mitglieder der russischen Gruppe die Absicht zum Ausdruck, Stockholm zu besuchen mit der Befürchtung, daß Russland feindselige Absichten gegenüber allen seinen Nachbarn, insbesondere gegenüber den skandinavischen Ländern, fernläge.

### Türkei

**Oberst von Stempel beurlaubt.** Konstantinopel, 17. Febr. Der Chef des Stabes der deutschen Militärmission Oberst v. Stempel trat heute einen durch Gesundheitsbedingen bedingten Urlaub von drei Monaten nach Deutschland an.

**Die bevorstehende Räumung des Döbelsanjos.** Wien, 17. Febr. Die „Neuen Freien Presse“ aus Rom telegraphiert, daß die Räumung des Döbelsanjos als bevorstehend bezeichnet werden. Die Türkei hat die von Italien beanspruchten Konzessionen in Kleinasien bewilligt. Das darüber unterzeichnete Protokoll wird in den nächsten Tagen unterzeichnet werden, da nur noch einige wenige Formfragen zu regeln sind. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Protokolls wird das Döbelsanjos-Band der Türkei zurückgestellt werden.

### Alien.

**Chinas Nationalfesttage.** Shanghai, 17. Febr. Der Unterabschluß des politischen Ausschusses hat die Feier des 10. Oktober als Tag der Begründung der Republik und die Feier des 12. Februar als Tag der Einsetzung des Präsidenten empfohlen. Die Wahlen zum Verfassungsausschuß werden am 28. Februar beendet sein. Der Ausschuß wird Mitte März zusammentreten.

### Australien.

**Der Mehrgewerks in Melbourne.** Melbourne, 17. Febr. Die Schlichtergerichte haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Stadtbehörden sind bemüht, den Streik zu schlichten. Die Angestellten der Schlichter verlangen 70 Schilling für 48 Stunden wöchentlich. Da es fast als sicher gilt, daß die Schlichtermeister die Forderung ablehnen, dürfen die Angestellten am Freitag in den Ausstand treten.

### Luftfahrt.

**Ein Rekordflug?** Wanne, 18. Febr. Der Flieger Wasser, der gestern früh 7.28 Uhr in Johannisthal aufstieg, war, um sich um den Preis der Nationalflugpende zu bewerben, passierte 2 1/2 Uhr nachmittags Frankfurt a. M. und landete 5.25 Uhr auf dem hiesigen Flugplatz. Wasser beobachtet, heute nach Paris zu fliegen und will dann ohne Zwischenlandung über Berlin Königsberg erreichen, um den Rekord Stiefvaters zu brechen.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

#### Osterfest.

Im dritten Bibelabend sprach Pfarrer Lieber über das Osterfest und den Auferstehungsglauben. Der Osterglauben ist von Anfang an ein unerschütterlicher Bestand des Christenglaubens gewesen, erwachsen aus unmittelbarem Erleben, durch unbewiesene Zeugnisse belegt. Für viele Christen aber gehört eine lebendige Auferstehung Christi mit dem Wunder des leeren Grabes zu den Grundtatsachen des Glaubens, ohne die ein Christentum überhaupt nicht denkbar ist. Können nun auch die einen freudigen Osterglauben haben, die diese Überlieferung als Legende ansehen? Ist wichtiger das Auferstehungsproblem ist, um so mehr gilt es, in ihm durch ruhige und vorurteilslose Prüfung der berichteten Tatsachen zur Klarheit zu gelangen, noch gewissermaßen als sonst, muß man hier vorgehen, wo so viel auf dem Spiel steht. Auch die „Modern-Positiven“ wollen nicht ungeprüft auf äußere Autorität hin den Schriftbericht hinnehmen. Eine genaue Prüfung der Auferstehungsberichte bei den Evangelisten ergab nun, daß aus ihnen über die wirklichen Vorgänge eine Klarheit nicht zu gewinnen ist, zu sehr drängen sich jedem Betrachter die Widersprüche in der Erzählung auf, am einfachsten berichtet auch hier Markus, aber auch bei ihm schon ist apologetische Interesse wahrzunehmen. Das Wunderbare steigert sich weiter bei Matthäus, Lukas, im vierten Evangelium, begreiflich in einer Zeit, die ganz in Wundern lebte. Aber trotzdem sind diese Berichte keine Tendenzdichtung, sie sind geschrieben in der Überzeugung, daß es nicht anders sein konnte, eine gewaltige religiöse Erregung läßt die innere Stimme zur sinnlichen Wahrnehmung sich vernehmen. So ist auch Savonarola nach seinem Tod mehr als 100 Personen erschienen, hat 15 Personen durch ein Gitterfenster die Hölle gereicht. Aber wir können im Anschluß an den ältesten Bericht, den Paulus 1. Kor. 15. etwa 25 Jahre nach Jesus Tod nieder schrieb, noch Genauer feststellen. Hier finden wir schon, daß Jesus für unsere Sünden gestorben und am dritten Tage (nach der Schrift) auferstanden ist. Aber nicht das Wunder des leeren Grabes wird als Beweis herangezogen, wahrscheinlich hat Paulus es noch nicht gekannt, eine Reihe

von Visionen sind das Zeugnis, und vor allem: der Apostel stellt sein Erlebnis auf dem Wege nach Damaskus als die letzte dieser Erscheinungen hin. Damals aber erschien ihm, von Licht umflossen, Christus im „pneumatischen“ Leibe, ganz anders wie der Christus der Evangelien, der igt und trinkt nach seiner Auferstehung. Nicht auf ein sinnliches Wunder also ist unser Auferstehungsglaube gegründet, sondern auf gewaltige innere Erlebnisse der Jünger, die aus tiefer Mitleidenschaft der Glaube emporstiegen, daß Jesus lebt. Dort, am See Genesareth, wo das Bild ihres Herrn sich ihnen im Gedächtnis erneute, wurde ihnen diese Gewißheit. Und ganz ebenso als inneres Erleben, als Schauen in Erscheinungen von visionärem Charakter, faßt auch Professor Seeberg, der eigentliche Führer der „Modern-Positiven“, diese Dinge. Ungläubig sind nach Evidenz eher die zu nennen, die Zeichen und Wunder nötig haben, um an eine Welt der Liebe und Gnade zu glauben, die in unser Dasein übergreift. Jener Auferstehungsglaube der Evangelien aber hängt zugleich noch zusammen mit den allen Völkernreligionen der antiken Welt, dem Kultus des Atis, Adonis, Pamus, Mithras, dem Glauben an einen sterbenden und auferstehenden Heiland, der wieder ursprünglich Naturmythos ist.

Was ist unser Glaube von Auferstehung und Unsterblichkeit? Mit diesen großen und ewigen Problemen beschäftigt sich der letzte Teil des Vortrags. Gerade in unseren Tagen, wo Jathos so wahrhaft fromme Persönlichkeit doch die individuelle Unsterblichkeit bestritt, wo man so viel hört von einer „Geheimreligion aller Gebildeten“, mußten die Worte des Redners besonders bedeutsam erscheinen. Ruhig und verständnisvoll wühlte dieser jene Anschauungen zu würdigen, die an ein Fortleben des Einzelmenschen nicht glauben, denen eine Unsterblichkeit nur geknüpft ist an das Werk des Menschen, das für den Fortschritt der Gesamtheit nicht verloren gehen kann, er sprach es offen aus, daß auch ein Christenglaube, festgewurzelt im Evangelium des Christuslebens, ohne Unsterblichkeitshoffnung denkbar sei. Mit starker Wärme aber und überzeugender Kraft vertrat er als persönliche Überzeugung den Gedanken einer persönlichen Unsterblichkeit, der freilich sich befreien müsse von allen materiellen Vorstellungen, der wissenschaftlich nicht bewiesen werden könne, der allein dem Dasein des Menschen und der Welt einen Sinn verleihe. Aber diese Unsterblichkeit beginnt schon im Diesseits, in dem Werden und Wachsen des Menschengeistes, in seiner sittlichen Läuterung, die hier ihre Vollendung nicht finden kann und auf ein Ewiges hinweist. — Mit voller Aufmerksamkeit lauschten die auch diesmal sehr zahlreich erschienenen Hörer diesen zugleich frommen und freien Gedanken.

**Bezirksauschuß.** Der Eigentümer des Hotels „Wilhelma“ an der Sonnenberger Straße 2, Herr Gustav Gaffner, ist um die Genehmigung gekommen, in dem Vorgarten seines Anwesens an seine Gäste Speisen und Getränke abgeben zu dürfen. Die Polizei hat sein Gesuch auf Ablehnung beschieden, die Stadt war für die Erteilung der Genehmigung, und der Stadtausschuß gestattete ihm auch innerhalb eines 4 Meter breiten, sich an der Straße hinziehenden Streifens bis 10 Uhr abends für seine Gäste Wirtschaft zu betreiben. Wider dieses Urteil wurde von der Polizeibehörde die Berufung angemeldet, der Bezirksauschuß aber wies ihr Rechtsmittel zurück. — Eine Klage, welche Herr Joseph Richardt in Wiesbaden wider den Magistrat angestrengt hat wegen seiner Heranziehung zur Hundesteuer wurde zurückgezogen, weil die Klagefrist nicht eingehalten worden und die Klage daher aussichtslos war. — Der Aino-unternehmer L. Scher in Höchst a. M. hat eine Klage angestrengt wider den Kreisauschuß zu Höchst wegen seiner Heranziehung zur Schanzenlandsteuer. Von dem Kläger war ursprünglich ein Betrag von 600 M. angefordert worden. Auf seinen Antrag wurde dieser Satz auf 100 M. ermäßigt, Scher aber will ganz abgesehen bleiben. Lediglich ins Belieben des Kreisauschusses ist es gestellt, dem Mann noch weiter entgegenzukommen. Ein Zwang nach dieser Richtung kann nicht ausgeübt werden. Mit Rücksicht darauf leistete Scher auf die weitere Verfolgung seiner Klage Verzicht.

**Keine Erhöhung der Bezirksabgabe.** In den Etat des Bezirksamtes des Regierungsbezirks Wiesbaden für 1914, der dem 48. Kommunallandtag in seiner am 20. April d. J. beginnenden Tagung zur Genehmigung vorgelegt wird, sind, wie im vergangenen Jahre und in den Jahren 1911 und 1912, wieder 7 1/2 Prozent des Steuereinnahmesolls als Bezirksabgabe eingestellt. Eine Erhöhung findet demnach nicht statt.

**Einen vorzeitigen Aprilscherz** erlaubte sich ein Spahmacher dadurch, daß er eine Anzeige veröffentlichte, nach welcher ein „junger Kanarienvogel in gute Hände“ in einer Wirtshaus am Germaniaplatz verschickt werden sollte. Die Leute scheuten nicht den abgelegenen Platz und bestürmten den Wirt mit Nachfragen, und zwar Damen, Herren und Kinder. Verschiedene hatten sogar gleich einen Vogelbauer mitgebracht. Auf die Antwort des Wirts, daß es sich nur um einen Scherz handle, den ein Unbekannter sich erlaubt, sind die meisten der Nachfragenden, namentlich die Damen, so empört und bestürzt gewesen, so daß sie sich unter Schimpfen und Verwünschungen aus dem Lokal entfernten. Da der genannte Wirt auch ein Telefon im Hause hat, so wurde bis in den späten Abend hinein fortgesetzt geklingelt, worauf die meisten die Antwort erhielten, daß der Vogel schon verschickt oder fortgeschickt sei. Am nächsten Morgen noch war die Nachfrage derart, daß der Wirt nicht über Lust hatte, sein Haus zu verlassen.

**Verhaftet** wurde in Frankfurt a. M. ein dort wohnender 23 Jahre alter Kaufmann Frank aus Wiesbaden, der seinem Logisgeber einen Ring im Wert von 150 M. gestohlen hat.

**Personal-Nachrichten.** Der Intendant der königlichen Schauspiele, Kammerherr v. Mühlenbecher, ist nach einer mehrwöchigen Erholungsreise aus dem Süden zurückgekehrt und hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen. — Dem Vorkurslehrer Heinrich zu Wiesbaden ist der königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen worden.

**Ausbau.** Der vierte und letzte Ausbaumastendall findet am Samstag dieser Woche in familiären Räumen des Rathauses statt.

**Kassen-Reunion.** Um den intimen Rahmen der Reunion zu wahren, findet diesmal auch die Kassen-Reunion am Dienstag kommenden Woche im kleinen Saale, in der Bandelhalle und im Weinsalon statt. Sämtliche Interessenten tun gut daran, heute schon ihre Gesuche um Zulassung einzuweisen, damit eine Verögerung infolge Arbeitsüberhäufung in der Aufstellung der Karten sowie unzulässige Rücksichten vermieden werden.

**Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.** — Königl. Schauspiele. Infolge Erkrankung der Frau Hans-Joseff ist in der heutigen Aufführung von „Eo“ Fr. Anita Kraus vom Opernhaus in Frankfurt a. M. die Partie der „Eo“.

### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

**el Hochheim, 17. Febr.** Das Eis des Mains, das stellenweise 4 bis 5 Meter hoch stand und dessen Waggons man allgemein als Gefährdungen für die tiefer gelegenen Orte betrachtete, ist nun ohne jede Begleiterscheinung abgegangen, fast über Nacht ist es verschwunden. Der eigentliche Fluß ist nun vollständig eisfrei, nur das Eis zwischen den Rippen und das Landeis an den Ufern ist noch vorhanden.

### Nassauische Nachrichten.

**ch. Oberursel, 17. Febr.** Die Stadt hat 3000 M. für Notstandsarbeiten bewilligt. — Die Feldjagd in Engelsstadt wurde für 2508 M. verpachtet. Der bisherige Pachtpreis betrug 1701 M.

**ch. Kustadt i. L., 17. Febr.** Hauptlehrer Becker wurde ab 1. April nach Cronberg i. L. versetzt.

**S. Marienberg, 17. Febr.** Hier hat sich ein Bürgerverein gebildet, der hauptsächlich die Interessen des gewerblichen Mittelstands und der Arbeiter vertreten soll. 136 Mitglieder sind beigetreten. Wie es scheint, ist der Verein eine Folge der unliebsamen Erscheinungen in hiesiger Gemeinde vor und während des Kaisergeburtstagsfestens. Wie wir hören, sollen die Vorfälle noch Gegenstand gerichtlicher Verhandlungen werden.

### Aus der Umgebung.

**Der diesjährige Besuch des Kaiserpaars in Bad Homburg.**

**ht. Bad Homburg v. d. G., 17. Febr.** Wie die amtliche „Freiszeitung“ heute meldet, trifft das Kaiserpaar am 27. oder 28. März zu seinem diesjährigen Frühjahrsaufenthalt hier ein. Der Kaiser wird etwa 6 Wochen, die Kaiserin 8 Wochen hier verweilen.

### Arztelammer der Provinz Hessen-Nassau.

**ht. Frankfurt a. M., 17. Febr.** Unter dem Vorsitz des Geh. Sanitätsrats Dr. Hartmann (Hannau) hielt die Arztelammer für die Provinz Hessen-Nassau dahier eine hardefachte Versammlung ab, die sich zunächst mit den Forderungen der Zahnärzte um Erlangung des Dokortitels beschäftigte. Man sprach sich im allgemeinen wohlwollend gegenüber diesen Bestrebungen aus, befürchtete aber, wenn die Regierung den Wünschen der Zahnärzte nachgibt, eine allgemeine Entwertung des medizinischen Dokortitels und will in diesem Sinne an den Kultusminister herantreten. Über die Frage der Fortbildungskurse für soziale Medizin entschied man sich dahin, solche in Frankfurt und Marburg abhalten zu lassen. Einen wirklichen Erfolg von diesen Lehrgängen verspricht man sich von ihnen aber erst dann, wenn sie im Anschluß an die medizinischen Fächer abgehalten werden. Die Kosten der Kurse soll der Staat übernehmen, während kleinere Lehrgänge im Bereich der Vereine von der Arztelammer abgehalten und unterstützt werden sollen. Allseitig soll vor dem Studium der Medizin gewarnt werden, da man durch die Verreibungen, eine Karenzzeit für die laienärztliche Praxis einzuführen, eine weitere Erschwerung der wirtschaftlichen Lage der Ärzte befürchtet. Schließlich forderte die Versammlung den Erlass eines Gesetzes für den Verkauf antikonzeptioneller Mittel.

### Die Universität Frankfurt a. M. und die Handelshochschule.

**Frankfurt a. M., 17. Febr.** Die Handelshochschul-Einrichtungen der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt a. M. werden innerhalb der künftigen Universität umschlossen erhalten bleiben und derselben im Rahmen der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät eingegliedert werden. Das Studium der Handelswissenschaften wird also an der künftigen Universität Frankfurt a. M. unter genau denselben Voraussetzungen und in genau derselben Weise wie an der jetzigen Akademie und den anderen deutschen Handelshochschulen betrieben und durch Prüfungen abgeschlossen werden können.

**Mein, 17. Febr.** In einer gestern abend stattgehabten Sitzung des Komitees und kleinen Rats des Mainzer Narrenvereins wurde die Durchführung des Karnevalsmonatstages „Aus der närrischen Kunde“ definitiv beschlossen, nachdem die nötigen finanziellen Garantien geschaffen sind. Eine große Anzahl Vereine, Privat- und Stammschiffgesellschaften sowie die Gärten sagten ihre Mitwirkung bereitwillig zu.

**wh. Frankfurt a. M., 18. Febr.** Prinz Joachim von Preußen ist heute früh mit dem Luftzuge, von Stralsburg kommend, hier eingetroffen und hat dem Prinzenpaar Friedrich Karl von Hessen einen Besuch abgepflegt. Heute abend führt Prinz Joachim nach Cassel weiter.

**wh. Hannau, 18. Febr.** In einem hiesigen Weinrestaurant hat sich der dort beschäftigte 22 Jahre alte Kellner Gehardt aus Otterhausen in der Kasse erschossen. Das Motiv der Tat ist in Eifersucht zu suchen.

**Marburg, 17. Febr.** In der gestrigen vertraulichen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Beschluß gefaßt, das Magistratsmitglied Wirt, Geh. Rat v. Hebrina, der am 15. März seinen 60. Geburtstag begeht, zum Ehrenbürger zu ernennen. — Ferner wurde einmütig, gelegentlich der in diesem Jahre in Hesse stattfindenden Kaisermanöver der Kaiser zu einem Besuche Marburgs einzuladen. — Eine verhängnisvolle Wagenfahrt unternahm gestern Pfarrer Kraus aus dem Dorfe Birkfeld bei Heldenhausen. Er ließ sich durch den Landwirt Kraus nach der Kirchengemeinde Sommerbach fahren, unterwegs wurden die Pferde übermüdet und der Wagen stürzte einen Abhang herunter. Der Fuhrmann wurde getötet und Pfarrer Kraus erlitt nur anscheinend leichte Verletzungen.

### Gerichtssaal.

#### Die Zivilklage gegen Leutnant v. Fortner.

**wh. Zabern, 17. Febr.** Vor dem Landgericht stand heute Zivilklage gegen den Leutnant v. Fortner zum Termin. Wie bereits in einer Vornotiz mitgeteilt worden ist, behauptet die Anklageschrift, daß v. Fortner im Sommer 1913 ein damals kaum 14 Jahre altes, noch unbescholtenes Mädchen verführt habe. Als Streift, bezu. Entschädigungssumme werden vom Vater des Mädchens 2000 M. gefordert. Die Verhandlung wurde dem Antrag des Vertreters des Beklagten entsprechend auf den 28. April vertagt. Die lange Verhandlung ist mit Rücksicht darauf erfolgt, daß v. Fortner zurzeit noch minderjährig ist, aber zu Opiern des Alter von 21 Jahren erreicht, so daß er dann seine Sache persönlich vertreten kann.

**Er will ins Zuchthaus.** Der Arbeitslos Paul Terzuth aus Oberfeld war vor seiner Einstellung zum Militär unbeschäftigt, seitdem er sich beim Militär befindet, hat er eine Anzahl von Strafen erlitten, darunter Gefängnisstrafen. Seine Dienstzeit wäre Ende Juni 1915 abge-



laufen. Am 6. Dezember hatte er vor versammelter Mannschaft den Befehlen des diensttuenden Unteroffiziers Widerreden entgegengeführt und dem wiederholten Befehl andauernd widersprochen. In der Morgenstunde des 8. Januar hatte er auf Fort Viehler die Stube 20 vorzüglich in Brand gesetzt, die Betten, Spinde und den Fußboden mit Petroleum begossen und dann angezündet. An demselben Tage hatte er in der Arrestzelle auf den Befehl eines Unteroffiziers erwidert: „Jeder Landstreicher kann Befehle erteilen.“ Auch der Majestätsbeleidigung und der Beleidigung des Vorstandes der Mainzer Arbeiterabteilung, eines Hauptmanns, soll er sich schuldig gemacht haben. Er hatte am Tage vor der Brandstiftung einen Brief an seine Mutter nach Elberfeld geschrieben, darin sagte er: „Nieder mit dem Kaiserreich, hoch lebe die Sozialdemokratie, Bebel und seine Kandidaten, meine Fahne bleibt bis zum Tod rot!“ Der Angeklagte bemerkte zu der Anklage, er habe fortgesetzt Arreststrafen erhalten, die er nicht verdient habe, auch sei die Behandlung in der Arbeiterabteilung eine schlechte. Er habe die ganze Kaiserrie niederbrennen wollen. Der Verhandlungsvorstand meinte, ist das mit dem „hoch die Sozialdemokratie“ ihre Überzeugung? Angeklagter: Ja, das ist meine Meinung! Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Jahren 9 Monaten Zuchthaus, Ehrverlust, Stellung unter Polizeiaufsicht und Gezecksauslösung. Wegen Majestätsbeleidigung wurde er freigesprochen, da der Brief nur Nebenzweck gewesen, um ins Zuchthaus zu kommen. Der Angeklagte erklärte mit lächelnder Miene, daß er das Urteil annehme und auf Verurteilung verzichte.

## Sport und Spiel.

\* **Schach.** Zu der Simultanvorstellung des Schachmeisters Albin im „Lanushotel“ in Mainz hatten sich die Mitglieder des Mainzer Schachklubs und Schachfreunde aus der Umgebung ziemlich zahlreich eingefunden. Gespielt wurde an 21 Brettern. Das Resultat war: + 13, - 4 = 4. Gewonnen wurde von Felix Vati (Wiesbaden), Hauptmann Rotweiler (Mainz), Frau Hauptmann Rotweiler (Mainz) und Gerichtsassessor Rehart (Mainz).

\* **Der Ausschuss der Deutschen Turnerschaft bei König Ludwig III. von Bayern.** Eine Abordnung des Ausschusses der Deutschen Turnerschaft, bestehend aus dem stellvertretenden Vorstand Sanitätsrat Dr. Doppl (Breslau), dem Geschäftsführer Stadtkaufmann Professor Dr. Rühl (Stettin) und dem Vertreter des 12. Turnkreises Bayerns, Turninspektor Häublein (München), wurde vom König Ludwig empfangen, um dem König den Dank der Turnerschaft darzubringen, daß er, der als Freund und Förderer der deutschen Turnens seit Jahrzehnten bekannt ist, dem deutschen Kaiser bei seiner Anwesenheit in München Gelegenheit gegeben habe, das deutsche Turnen in seiner Vielseitigkeit durch eine Musterdarstellung des Münchener Männer-Turnvereins kennen zu lernen.

## Neues aus aller Welt.

**Sechundsjagd.** Nordseebad Bäum, 17. Febr. Große Dringens- und Spartenjagden sind in reichlicher Zahl geschloffen worden. Der erste Winter mit 6000 Pfund ist eingetroffen. Die Bevölkerung ist mit der Vergnügen des Janges und mit Maubach u. a. beschäftigt. Dringens- und Spartenjagden werden nur äußerst selten in die tiefen Gewässer. Die Fischer stellen eine Anzahl von Sechunden hierbei fest, so daß im kommenden Jahre die Sechundsjagd eine sehr gute zu werden verspricht. Im Jahre 1913 sind ca. 70 Hunde von den Sechunden erlegt worden.

**Im Fieberwahn.** Essen, 17. Febr. Der Arbeiter Haas verlor im Fieberwahn die Krankenpflegerin aus dem dritten Stockwerk auf die Straße hinunterzuwerfen. Die Pflegerin konnte sich im letzten Moment freimachen. Haas sprang dann auf die Straße und war sofort tot.

**Ein Schuß hinter der Szene.** Altona, 17. Febr. Während der gestrigen Vorstellung im Hoftheater entlief hinter der Szene ein Gewebe des Helikopters Nicolini. Die Bohung verlor einen Sänger im Gesicht, aber nicht lebensgefährlich.

**Ein Schiffszusammenstoß im Nordstieffkanal.** Kiel, 17. Febr. Heute nachmittags stieß im Kaiser-Wilhelmkanal der von der Nordsee kommende Stettiner Dampfer „Gipsania“ mit einer gecharterten Dampfschleuse zusammen. „Gipsania“ trug mehrere Beschädigungen davon. Der Schleusenrumpf wird provisorisch in Kiel repariert.

**Gisgung und Hochwasser im Remegebiet.** Remei, 17. Febr. Seit heute nacht herrscht in Remei und seit heute morgen auf dem Ruch Gisgung. Auf dem Starnitz-Strand, dessen Mündung die Schwärzer freizubehalten bemüht sind, geben große Eismassen ab. Sehr viel Eis kommt herunter, das meist aus Rußland kommt. Im Remei sind bei diesem Hochwasser für 800 000 M. Holz fortgeschwemmt worden. Der Altmühl-Hoch ist nur noch verortet.

**Ein gefährliches Spiel.** Raaden (Böhmen), 17. Febr. Beim Kriesspielen loderten Schussungen einen mehrere Zentner schweren Felsblock und stürzten ihn in die Tiefe. Ein dreizehnjähriger Knabe konnte nicht ausweichen und wurde unter dem Felsblock begraben. Der Block wurde mit Pulver gesprengt, um die Leiche zu bergen.

**Zwei Bankbeamte durch ihren Chef ermordet.** Brüssel, 18. Febr. Die gestern erfolgte Ermordung zweier Bankbeamten in einem bekannten Bankgeschäft hat eine überraschende Aufklärung gefunden. Der Täter ist der eigene Vorgesetzte der Beamten, der Bankier Leon Decoen. Er war sofort nach der Tat geflohen, wurde jedoch kurz nach Mittag auf einer der Boulevard der Stadt erkannt und verhaftet. Er erklärte die Tat in einem plötzlichen Wutanfall begangen zu haben. Er habe seine Buchhalter im Verdacht gehabt, ihn um die Summe von 2 200 000 Franken betrogen zu haben. Die Untersuchung ergab, daß er vor dem finanziellen Ruin stand und daß er seinen Beamten Manipulationen ausgetrieben, zu denen sich diese nicht bekennen wollten.

**Das Ende des Falles Bradon.** Paris, 18. Febr. Der Mörder des bekannten Varietésängers Bradon, der 54-jährige Viktor Bot der Vater Bradons, ist gestern nachmittag erschossen worden. Die ganze Angelegenheit muß damit als erledigt betrachtet werden. Da Bot in vollem Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte gestanden ist — der Prozess sollte demnach stattfinden —, so muß er als Erbe der 2 Millionen betragenden Vermögens seines Sohnes betrachtet werden. Infolgedessen erben auch noch seine Viktor Bot's Verwandte, die bisher von der Erbschaft als ausgeschlossen galten.

**Für 80 000 Franken Schmutzfaden geschloffen.** Paris, 18. Febr. Der Gemahlin des bispigen Bankiers Trioneros wurden gestern aus einem Koffer in ihrer Wohnung Schmutzfaden im Werte von über 80 000 Franken geschloffen.

**Ein italienische Dorf geisterlich.** New York, 17. Febr. Bei Westfield (Massachusetts) ist die italienische Dorf „Cassagna“ heute früh 8 Uhr an der äußeren Barre vom Kap weg geschleudert. Acht Mann der Besatzung wurden getötet, fünf sind mit dem Schiffen umgekommen.

**Untergang eines Personendampfers.** New York, 18. Febr. Der Passagierdampfer „Queen City“, der von Baltimore nach New Orleans mit Karamelschiffen unterwegs war, ist in der Nähe von Louisvillie gesunken. Unter den Frauen entfiel eine furchtbare Panik. Die Passagiere, 100 an der Zahl, konnten trotz des starken Eisganges sämtlich gerettet werden.

## Letzte Drahtberichte.

### Die erste Sitzung der Zabern-Kommission.

S. Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die aus Anlaß der Vorgänge in Zabern eingeleitete Reichstagskommission zur Regelung der militärischen Nachbefugnisse hielt heute ihre erste Sitzung ab. Der preussische Kriegsminister war nicht da, hatte auch keinen Vertreter entsandt. Wohl aber war das Reichsjustizamt vertreten. Ein Zentrumsvertreter beantragte zunächst, die Regierung um Vorlegung einer Übersicht der geltenden Landesgesetze zu ersuchen, da die Stellung des Zentrums hier von abhängen, ferner mitzuteilen, welche Schritte zur Vereinheitlichung der Vorschriften getroffen seien. Ein Sozialdemokrat erklärte sich damit einverstanden, falls keine Verzögerung beabsichtigt werde. Ein Fortschrittler widersprach, da das Material bekannt sei und das Gesetz im Falle eines Aufschubs in dieser Tagung nicht mehr erledigt werden könne. Ein Nationalliberaler erklärte trotz lautgewordener Zweifel die Reichsregierung für zuständig, aber den Zentrumsantrag für richtig, da bis jetzt die Landesgesetzgebung allein die Sache geregelt habe. Ein Konservativer hält die Reichsregierung nicht für zuständig, um so weniger, als die Kommandogewalt nicht einmal in den Einzelstaaten an die Mitwirkung der Parlamente gebunden sei. Der Antrag Zentrums sei daher abzulehnen. Ein Fortschrittlicher hält das Reich auf Grund des Artikel 61 der Reichsverfassung für zuständig. Von den Sozialdemokraten und Polen wird ein Zusatz mit dem Zentrumsantrag vorgeschlagen, wonach die nächste Sitzung, der das Material vorliegen soll, bereits in einer Woche stattfinden hat. Der Vertreter des Reichskanzlers, Direktor im Reichsjustizamt Delbrück, stellt in Aussicht, das Material der Kommission vorzulegen, allerdings hält auch er das Reich nicht für zuständig, da es sich hier um Festlegung des Verhältnisses des Militärwesens zur Polizei handle, das der Landesgesetzgebung unterliege. Dazu wäre eine Änderung der Reichsverfassung erforderlich. Eine Zustimmung der Regierung könne nicht in Aussicht gestellt werden. Sachlich könne sie sich an den Verhandlungen über einen Gesetzentwurf nicht beteiligen. Der Elässer spricht gegen jede Verdrängung. Angesichts der vom Reichskanzler zugestandenen Ungeklärtheiten sei eine reichsrechtliche Regelung für Elsaß-Lothringen notwendig und auch verfassungsmäßig. Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen beantragen nach der Erklärung des Regierungsvorgereiters die nächste Sitzung schon morgen stattfinden zu lassen. Ein Zentrumsredner vertritt sich von der Kommissionsberatung schon deshalb ein Ergebnis, weil ja für die einzelstaatliche Regelung der Sache der Reichstag zuständig sei. Der Zentrumsantrag wurde hierauf angenommen. Die Berichterstattung dem Fortschrittler Dr. v. Lütz übertrug und die Weiterberatung auf den 26. Februar vertagt.

### Die Novelle zum preussischen Besoldungsgesetz.

S. Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Auch dem preussischen Abgeordnetenhaus ist jochen die Novelle zum Besoldungsgesetz zugegangen. Unter Berufung darauf, daß durch die Besoldungsnovelle für die Reichsbeamten die Gehälter der gleichgestellten Beamten erhöht worden sind, beantragt das Finanzministerium folgende Gehaltsaufbesserungen: Klasse 1 (bisher 1100 bis 1300 M.) künftig 1200 bis 1400 M. nach 18 Dienstjahren — Bahnwärter, Aufseherinnen in Gefängnissen, Polizeidiener in den Provinzen —; Klasse 2 (1100 bis 1300 M.) künftig 1200 bis 1600 M. in 18 Dienstjahren — Eisenbahnassistenten, Brückenwärter usw. —; Klasse 3 (1100 bis 1200 M.) künftig 1200 bis 1700 M. in 21 Dienstjahren — Ausdiener der Ministerien und Seminare, Eisenbahngeschaffenen, Schleusenmeister usw. —; Klasse 4 (1200 bis 1700 M.) künftig 1300 bis 1800 M. nach 21 Dienstjahren — Gerichtsdienste, Kreisboten, Rangdiener bei Ministerien und Provinzialhochschulen, Lokomotivheizer usw. —; Klasse 5 (bisher 2100 bis 3300 M.) künftig das gleiche Gehalt in folgenden Stufen: 2100, 2500, 2900, 3300 in 9 Dienstjahren — Navigationssekretäre und Vorleser —; Klasse 6 (1650 bis 3300 M.) künftig 1800 bis 3000 M. in 21 Dienstjahren — Katastralanalysten, Gerichtsschreibergesellen, Gerichtsvollzieher. — Nach 18 Dienstjahren sollen das gleiche Gehalt erhalten: Kolonnenführer 1. Klasse, Eichmeister, Restaurations- und Kaufsekretäre, Fahrleiter, Wertbeamte bei den Staatswerken. — Klasse 7 (bisher 2100 bis 3300 M.) künftig 2100 bis 3600 M. in 18 Dienstjahren — Werkmeister bei den Maschinenbauwerken —; Klasse 8 (bisher 1100 bis 1300 M.) künftig 1200 bis 1400 M. — die voll beschäftigten Waldwärter. Außerdem 100 M. Zulage für Oberwärter und Wärtinnen bei den Zerkennlinien bei den Universitäten. Ferner werden noch erhöht die Gehälter im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. — Klasse 9 (bisher 2400 bis 4400 M.) künftig 2400 bis 4500 M. in 18 Dienstjahren — Legationskassen. Außerdem werden durch eine künftige Abstufung die Gehälter der Legationssekretäre und zweiten Ministerpräsidenten aufgebessert. Nach dem Entwurf soll das Gesetz in dem auf die Verkündigung folgenden Kalendervierteljahr in Kraft treten. Es erhält also keine rückwirkende Kraft. Für das kommende Etatsjahr sind die Mehrausgaben auf 15,5 Millionen bei der Eisenbahnverwaltung und auf 3,8 Millionen bei den übrigen Verwaltungen ermittelt worden. Die späteren Mehraufwendungen für Pensionen werden auf 4,8 Millionen geschätzt.

### Das Rätselraten zur elsaß-lothringischen Statthalterfrage.

S. Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Das Rätselraten, wer als neuer Statthalter auf den Posten in Elsaß-Lothringen gerufen wird, dauert noch immer fort. Immer wieder werden die alten Namen genannt, v. Schorlemer, v. Rheinbaben, General v. Einem und v. Bethmann-Hollweg. Nach unserer Erkundigung wird man auch fernerhin auf diesen Namen hören, doch ist es nicht zu erwarten, daß einer von ihnen noch bestimmt, auch keine Kandidatur in den Vordergrund gerückt, ja, wie wir schon neulich andeuten konnten, es steht heute noch nicht einmal fest, ob Graf Wedel wirklich schon zu Ostern oder bald nach Ostern seinen Statthalterposten verlassen wird.

### Zum Tode der Prinzessin Wilhelm von Baden.

wb. Karlsruhe i. B., 18. Febr. Morgen vormittag 3/11 Uhr wird am Sarge der verstorbenen Prinzessin ein weiterer Trauergottesdienst abgehalten, dem der Kaiser und die Vertreter der fremden Höfe sowie das diplomatische Korps amwohnen. Freitagmittag um 1 Uhr wird der Trauergang mit der Leiche der verstorbenen Fürstin das Palais verlassen und sich nach dem Bahnhof begeben, von wo die Überführung vermittels der Eisenbahn nach Baden-Baden stattfindet.

### Das amtliche Wahlergebnis im Wahlkreis Köln-Land.

wb. Köln, 18. Febr. Bei der Reichstagswahlwahl im Wahlkreis Köln erhielt Dr. Rudloff (Zentr.) 35 587, Sollmann (Soz.) 24 512 und Ucaruppe (natl.) 5477 Stimmen. Versplittert waren 13 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 33 295 Stimmen. Dr. Rudloff ist demnach mit 2292 Stimmen Mehrheit wiedergewählt.

### Der Nachfolger des Abgeordneten Heistermann.

Δ Treysa, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Eine Vermählung von Vertrauensmännern des Reichstagswahlkreises Treysa-Homburg-Biegenbain, der gegenwärtig von dem Abgeordneten Heistermann vertreten wird, hat einstimmig beschlossen, den früheren Reichstagsabgeordneten für Kassel Amtsgerichtsrat Lattmann (Deutschl.) als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufzustellen.

### Eine württembergische Landespolizeizentralstelle.

wb. Stuttgart, 18. Febr. Die Zweite Kammer hat den Nachtragsetat für die Errichtung einer Landespolizeizentralstelle in namentlicher Abstimmung mit 49 gegen 32 Stimmen angenommen. Die Volkspartei und die Sozialdemokraten stimmten geschlossen dagegen.

### Bebel's Lebenserinnerungen.

S. Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der dritte Band der Lebenserinnerungen Bebel's wird in den nächsten Tagen erscheinen. Er umfaßt die Zeit von Beginn des Sozialistengesetzes bis 1882.

### Die deutsche Militärmission in der Türkei.

# Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die viel erörterte Angelegenheit des Chefs der deutschen Militärmission in der Türkei, General Liman v. Sanders, wird auch im Reichstag zur Sprache kommen. Die Regierung wird voraussichtlich eine Erklärung abgeben, in der sie versuchen wird, ihr Verhalten im Fall Liman v. Sanders zu rechtfertigen. In diplomatischen Kreisen stellt man den Verlauf der Angelegenheit jetzt so dar: Es war der ausdrückliche Wunsch des Generals, das Konstantinopeler Korps zu führen. Kenner der Verhältnisse billigten den Entschluß allerdings nicht ganz, weil es in der Türkei, speziell unter den jetzigen Verhältnissen, vorkommen kann, daß verhältnismäßig junge Offiziere im Rang eines Obersten schon an die Spitze eines Korps gestellt werden. Die deutsche Regierung dachte gar nicht daran, aus Rücksicht auf Frankreich oder Rußland dem General den Wunsch auszusprechen, sein Korpskommando aufzugeben. Und er hat es auch nicht unter dem Druck Enver-Paschas mit dem Voten eines Generalinspektors der türkischen Armee vertauscht, sondern der Übergang war so: Als Enver-Pascha das Kriegsministerium erhielt und die Massentatellungen in den türkischen Kommandostellen sich unmittelbar nach dem Amtsantritt des neuen Mannes vollzogen, da stand es bei dem deutschen General fest, daß er nicht länger in seiner bisherigen Stellung bleiben könne. Die Möglichkeit innerer Stürme in der Türkei lag vor, und falls diese eintraten, war es ausgeschlossen, daß ein deutscher General an der Spitze desjenigen Korps stand, das am ersten in sie hineingezogen werden könnte. Es war daher der freie Entschluß des Generals Liman v. Sanders, in anderer Stellung seine Mission zu erfüllen, und es ist falsch, seinen Rücktritt auf ein Zurückweichen vor Frankreich und Rußland zurückzuführen.

### Der Prinz zu Wied in London.

wb. London, 18. Febr. Der Prinz zu Wied ist heute früh hier eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Vertretern des Königs sowie dem deutschen Botschafter empfangen.

### Die kommende albanische Deputation.

wb. Newied, 18. Febr. Wie verlautet, trifft die albanische Deputation unter Führung Essad-Paschas am Samstag hier ein.

### Die griechische Antwortnote.

\* Athen, 18. Febr. Die Antwort der griechischen Regierung auf die Note der Großmächte besagt im wesentlichen, daß Griechenland die Spürfrage, in welcher es mit den Mächten einig ist, von der Inselfrage getrennt behandelt zu sehen wünscht. Was die Inseln anlangt, so könne Griechenland sich nicht damit einverstanden erklären, daß diese nicht besetzt werden dürfen. Griechenland könne von einer Befestigung der Inseln nur dann Abstand nehmen, wenn die Mächte die Garantie übernehmen, daß die Inseln seinem türkischen Angriffe ausgesetzt sein werden. Der Wortlaut der griechischen Antwortnote wird voraussichtlich noch in dieser Woche den Mächten übermittelt werden.

### Griechenland kauft die argentinischen Dreadnoughts.

\* London, 18. Febr. Der „Daily Telegraph“ meldet, daß Griechenland bereits in den nächsten Tagen die beiden auf amerikanischen Werften für Argentinien konstruierten Überdreadnoughts erwerben werde.

### Ein Dementi zum Gerücht von einer Fürstenbegegnung auf den Kanarischen Inseln.

wb. Madrid, 18. Febr. Ministerpräsident Dato dementierte kategorisch das Gerücht, daß die Könige von England und Spanien mit Kaiser Wilhelm binnen kurzem auf den Kanarischen Inseln zusammentreffen werden.

### Die französischen Prekretreien gegen den deutsch-französischen Bagdadbahnvertrag.

wb. Paris, 18. Febr. Die französische Presse ist weiterhin außerordentlich unzufrieden mit dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrages über Kleinasien. Besonders die nationalistischen Blätter machen scharf, um dem Ministerpräsidenten Doumergue ein Bein zu stellen. Dabei bringen die Blätter nur allgemeine Redensarten und nur das „Echo de Paris“ bringt in einer Berliner Depesche positive Gründe gegen die Unterzeichnung des Vertrages durch Frankreich vor. Was bleibt uns schließlich also übrig, so fragt das „Echo“? Zwei Eisenbahn-



linien, von denen die von Diarbekir zwar sehr wertvoll ist, jedoch unglücklicherweise dazu verurteilt zu sein scheint, in gänzliche Abhängigkeit von der Bagdadbahn zu geraten.

### Das Bösen der Epidemien in den französischen Garnisonen.

wb. Paris, 18. Febr. Die Zahl der Krankheitsfälle in den französischen Garnisonen ist noch ständig im Wachsthum begriffen, und die heute hier vorliegenden Meldungen lassen erkennen, daß alle zur Bekämpfung der Seuche ergriffenen Maßnahmen bisher erfolglos geblieben sind. Niemals seit dem Ausbruch der Epidemien haben sich an einem einzigen Tage so viele Todesfälle ereignet wie gestern. Von den 198 Erkrankten, die im Hospital von Orleans darniederliegen und sämtlich dem 131. Infanterie-Regiment angehören, sind abermals 3 Personen gestorben. In Marseille erlagen 3 Kranke der Seuche, in Montpellier 2, in Saugues 1. Vom 197. Infanterie-Regiment starben gestern 4 Erkrankte an der Venenstarrheit. Auch die Zahl der Neuerkrankungen ist ziemlich beträchtlich. Allein vom 26. Artillerie-Regiment sind 250 Soldaten ins Hospital eingeliefert worden. Einige von ihnen sind bereits gestorben, andere ringen mit dem Tode. Aus zahlreichen kleinen Garnisonen kommen ebenfalls Meldungen über Neuerkrankungen.

wb. Paris, 18. Febr. Die „Humanité“ veröffentlicht eine von der Sanitätsabteilung des Kriegsministeriums an den Generalstab am 15. August vorigen Jahres gerichtete Note, in der erklärt wird, daß die Zahl der Krankheits- und Sterbefälle in der französischen Armee weitaus größer als in der deutschen und vielleicht sogar in allen Armeen der Welt sei.

### Ein neuer Versuch zur Anechtung Finnlands.

wb. Petersburg, 17. Febr. In der Sitzung der Reichsduma erinnerte der Nationalist Tschichatschew das Bureau der Duma an die Notwendigkeit, sobald als möglich auf die Tagesordnung der Gesetzgebung zu setzen, der die politischen Verhältnisse in Finnland dem gemeinen Reichsrecht unterwirft. Der Redner begründete den Antrag und sagte, aus praktischen Erwägungen wie aus prinzipiellen läge viel daran, daß die vier Duma den festen und unerschütterlichen Willen beweise, der vorigen Duma auf dem Wege der finnlandischen Politik zu folgen.

### Entwaffnung der Somali in Britisch-Ostafrika.

R. Nairobi, 18. Febr. Das Gouvernement von Britisch-Ostafrika entwaffnete die Somali im Nerehanbezirk am Juba. Vier Kompanien sind nach Jante abgegangen und werden sich nach Seriale zur Verhärterung der dort stehenden 500 Mann begeben.

### Aus Mexiko.

wb. Mexiko, 18. Febr. Jose Lopez Portillo Rojas ist zum Minister des Äußern ernannt worden an Stelle von Sorens, der das Ministerium für Handel und öffentliche Arbeiten übernimmt.

## Handelsteil.

### Berliner Börse.

§ Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Anregungen von Belang, welche die Unternehmungslust hätten fördern können, lagen im allgemeinen nicht vor. Die günstig beurteilte Bilanz der Österreichischen Kreditanstalt (vergl. Berichterstattung) machte wie in Wien so auch hier keinen Eindruck. Ebenso blieb zunächst die Gründung der A. E. G. Schwebelbahn-Aktien-Gesellschaft (vergl. besondere Bericht) zur Durchführung des Baues der Hoch- und Untergrundbahn Gesundbrunnen-Neukölln auf die Kursgestaltung am Elektrizitätsmarkt ziemlich einflusslos. Das Geschäft nahm im allgemeinen keine größere Ausdehnung an; der Grundton war aber bei leicht nach oben strebenden Kursen durchweg als fest zu bezeichnen. Von Einzelheiten sind zu erwähnen, daß heimische und russische Banken bei leichten Schwankungen ihren Kursstand behaupteten, daß sich für Schantungbahnen das Kaufinteresse erhielt und daß Kanada Schantungbahnen das Kaufinteresse erhielt und daß Kanada Schantungbahnen das Kaufinteresse erhielt.

### Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 18. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Österreichische Banken lagen auf dem Credit-Abschluß ruhig und behauptet. Disconto stellten sich etwas niedriger. Deutsche Bank und Dresdner behaupteten das Kursniveau. Im Anschluß an New York sind Baltimore-Ohio schwächer. Lombarden und Staatsbahn still. Von Schiffahrtsaktien sind Lloyd und Paketfahrt reger umgesetzt und fest. Elektrowerke ruhig. In Montanregionen sind die Umsätze bescheiden. Von den führenden Exporten wurden Phoenix-Bergbau in größeren Beträgen gehandelt. Etwas Nachfrage bestand für Bochumer und Deutsch-Luxemburger. Heimische Renten gut behauptet, österreichisch-ungarische etwas schwächer. Mexikaner vereinzelt niedriger. Türkenlose fest. Die Geschäftstätigkeit am Kassamarkte war gering, die Tendenz blieb ziemlich fest. Im weiteren Verlauf war der Geschäftsverkehr wesentlich ruhiger und die Tendenz im allgemeinen gut behauptet. Die Tendenz der Börse war am Schluß behauptet und still. Privatdiskont 3 1/2 Proz. (wie gestern).

### Banken und Geldmarkt.

w. Österreichische Creditanstalt. Wien, 17. Febr. Der Verwaltungsrat der k. k. priv. österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe hat in seiner heute abgehaltenen Sitzung den Rechnungsabschluss für das Jahr 1913 festgestellt. Demzufolge sich das Bruttoerträgnis auf 38 925 772 Kr. (d. V. 34 470 167 Kr.) beläuft. Hiervon entfallen auf Gewinn an Effekten und Konsortialgeschäften 1913: 2 410 766 Kr. (1912: 1 876 001 Kr.). Zinsen 28 474 522 Kr. (22 641 253 Kr.). Provisionen (inkl. des Gewinnes an Waren): 7 597 132 Kr. (7 313 072 Kr.). Gewinn an Devisen 821 829 Kr. (809 806 Kr.). Realitäten-Erträge 310 032 Kr. (291 836 Kr.), nachträgliche

### Das erste Eispatrouillenschiff.

wb. London, 18. Febr. „Daily Chronicle“ meldet aus New York vom 17.: Die „Seneca“, das erste amerikanische Eispatrouillenschiff, wird am Donnerstag eine dreimonatige Dienstreise antreten. Ihre Aufgabe ist es, Schiffe vor gefährlichen Eisbergen und Treibeis zu warnen. Ein zweites Schiff gleicher Art, die „Miami“, wird in der nächsten Woche ausfahren.

### Die Spitzbergenkonferenz.

wb. Christiania, 18. Febr. Anlässlich der Anfrage im Storting über die angelegte Konferenz, betriebe die Verhältnisse auf Spitzbergen, berichtete der Minister des Äußern darüber, was bisher zur Ordnung der dortigen Verhältnisse getan worden sei. Der geplante internationale Konferenz hätten sich beständig Hindernisse in den Weg gestellt. Im Januar habe jedoch der Minister des Äußern Schweden, Dänemark, Rußland, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten zu einer Konferenz nach Christiania am 16. Juni 1914 eingeladen. Die europäischen Staaten hätten die Einladung dankend angenommen. Er hoffe auch auf eine günstige Antwort von den Vereinigten Staaten.

### Die Überreste der Expedition Cramer gefunden.

\* New York, 18. Febr. Der englische Forscher, Kapitän Meslay, ist hier mit drei Gefährten aus Peru eingetroffen. In den peruanischen Wäldern entdeckte er das Skelett des amerikanischen Gelehrten Cramer und die Überreste seiner Gefährten. Cramer war seit zwei Jahren vermisst. Kapitän Meslay entdeckte auch eine neue Stadt am Amazonasstrom, den er auf einer Strecke von 1000 Meilen auf einem Floß befuhr. Er gelangte in Gegenden, die nie zuvor der Fuß eines Weißen betreten hatte. Das Skelett Cramers erregt hier die größte Teilnahme, da man noch immer nicht die Hoffnung aufgegeben hatte, daß der Forscher wenigstens sein Leben gerettet hätte.

### Eine Millionen-Unterföhlung.

△ Normen, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Unterföhlungen, die im vorigen Jahre bei der Bankfirma b. d. Heid, Corsten und Sohn von mehreren Angestellten begangen worden sind, belaufen sich nach den jüngsten Feststellungen auf 1 600 000 M.

### Ein großer Speicherbrand in Danzig.

wb. Danzig, 18. Febr. Ein Großfeuer, das in der letzten Nacht auf der Speicherinsel wütete, hat die zwei größten und meist besetzten Speicher, die seit über 100 Jahren bestehen und der Firma Speiser u. Co. gehören, in Asche gelegt. Das Feuer kam um 2 Uhr aus und fand in den dort lagernden Getreide- und Futtermitteln reiche Nahrung. Die gesamte Feuerwehreinrichtung von Danzig und Langfuhr arbeitete bis heute vormittag an der Bekämpfung des Feuers. Der brennende Sturz gefährdete die den Speichern gegenüberliegenden Straßenzüge durch Flugfeuer. Das Gebäude der Brandstätte geriet in Flammen; die Feuerwehre griff jedoch schnell ein, so daß nur mehrere Vorderwände und Montore ausbrannten. Die Arbeit der Feuerwehre wurde durch herbeieilende Dampfer unterstützt. Die besonders gefährdeten Nebengebäude konnten gerettet werden, blieben allerdings erheblich. Einige Feuerwehreinrichtungen wurden verlegt. Der Schaden ist bedeutend, jedoch durch Versicherungen gedeckt.

wb. Budapest, 18. Febr. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, der Regierung vorzuschlagen, den Poolvertrag zu kündigen, damit ihr bei der Regelung der Auswandererfrage volle Bewegungsfreiheit geföhrt werde.

## Wetterberichte.

### Deutsche Seewarte Hamburg.

18. Februar, 6 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Beob.-Station.	Barom.	Wind-Richtung u. Stärke	Wetter	Therm.	Beob.-Station.	Barom.	Wind-Richtung u. Stärke	Wetter	Therm.
Borkum	751,4	SW 6	Regen	4	Schilly	731,1	NW 6	wolkig	+ 6
Hamburg	750,7	S 4	bedeckt	3	Aberdeen	742,7	SSW 3	wolkig	+ 2
Swinemünde	750,8	SW 3	wolkig	3	Paris	751,1	SSW 3	wolkig	+ 2
Memel	751,6	SSW 6	halbbd.	3	Vilnius	751,2	SSW 5	halbbd.	+ 4
Aachen	750,8	SW 3	+	3	Christiansund	749,7	SW 1	wolkig	+ 3
Hannover	750,8	S 4	bedeckt	3	Skagen	751,5	WSW 3	Dunst	+ 3
Berlin	750,8	SW 2	halbbd.	3	Kopenhagen	750,7	WSW 3	Regen	+ 3
Göteborg	750,8	S 2	wolkig	3	Stockholm	748,8	N 2	wolkig	+ 0,1
Breslau	750,8	SW 3	bedeckt	3	Haparanda	745,9	N 2	bedeckt	- 10
Wetz.	750,8	SW 2	bedeckt	3	Petersburg	741,2	NW 3	+	+ 1
Frankfurt	751,1	N 1	Dunst	0,4	Warschau	751,2	NW 2	+	+ 0,1
Karlsruhe	751,1	N 1	Nebel	0,4	Wien	751,2	N 1	Nebel	- 0,3
München	750,8	SSW 3	bedeckt	3	Rom	750,8	N 1	wolkig	+ 0,3
Zugspitze	752,1	W 6	halbbd.	3	Florenz	750,8	SO 1	bedeckt	+ 0,3
Valencia	752,1	W 6	halbbd.	3	Seydisfjord	733,3	NO 3	Schnee	- 4

### Beobachtungen in Wiesbaden

17. Februar.	7 Uhr morgens.	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0° und Normalechweren	751,3	751,8	755,8	754,0
Barometer auf dem Meeresspiegel	761,8	762,3	766,5	764,5
Thermometer (Celsius)	4,8	4,5	6,3	5,2
Thermometer (Fahrenheit)	40,6	40,1	43,3	41,3
Relative Feuchtigkeit (%)	89	89	89	89
Wind-Richtung und -Stärke	NW 4	W 2	SW 1	—
Niederschlagshöhe (mm)	0,1	—	—	—
Höchste Temperatur (Celsius)	6,3	—	—	—
Niedrigste Temperatur	0,3	—	—	—

Wettervoraussage für Donnerstag, 19. Februar 1914, von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Vorwiegend trüb, zeitweise aufklärend, geringe Regenfälle, kälter, aufdringende westliche Winde.

### Wasserstand des Rheins

am 18. Februar:
Biebrich. Pegel: 1,85 m gegen 1,56 m am gestrigen Vormittag
Caub. „ 2,32 m „ 2,11 m „
Mainz. „ 1,12 m „ 0,90 m „

### Schneebericht

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Taunus: Schneeverhältnisse zum Wintersport ungünstig. — Vogelsberg, Spessart und Rhön: Tauwetter. Schwarzwald, Fichtelberg: Leichter Frost. Schneehöhe 60 cm (Fichtelberg). Schneedecke geschlossen, Schneeschubbahn gut.

## 22 = Reklamen. = 22

„Das Morgengetränk der ganzen Familie“ in Ihr Rührmal-Kaffee-Motiv, seitdem wir ihn kennen. Wir sind entzückt davon!

So schreibt Dr. med. W. in R. In Apotheken u. Drogerien b. F. d. A. M. 1.80 zu haben. Jedes Paket enthält ärztliche Gutachten. Fabrikanten Roth u. Sohn, Reiningen. F 54

bestell. Es ist dies der erste Auftrag von Lokomotiven, der von hier nach Deutschland gegeben wird mit Ausnahme von einigen Maschinen für schmalspurige Privatbetriebe. Die Meldung besagt weiter, daß die britischen Lokomotivbauer infolge der günstigen Geschäftslage keine frühzeitige Lieferung garantieren können und daß ferner der Preis des deutschen Angebotes günstiger war.

\* Die Elektrizitäts-A.-G. vorm. W. Lahmeyer u. Co. soll, wie verlautet, diesmal eine weitere Erhöhung der Dividende (i. V. 5 Proz.) in Aussicht nehmen.

### Verkehrswesen.

hd. Erweiterung der Königl. bayerischen Dampfschiffahrt. München, 17. Febr. Die Generalversammlung der Dampfschiffahrt auf dem Wörnsee genehmigte heute den Verkauf des Unternehmens an den bayerischen Staat. Der Kaufpreis beträgt 650 000 M.

w. Warschau-Wiener Eisenbahn. Petersburg, 17. Febr. Das Verkehrsministerium hat seine Untersuchung über den Betrieb der Warschau-Wiener Eisenbahn beendet. 1912 betrug der Reingewinn 9 Millionen. Wenn der Betrieb noch in den Händen einer Privatgesellschaft wäre, hätte der Staat nur 3 Millionen erhalten.

\* Die Verhandlungen des nordatlantischen Dampferlinienverbundes in London, die eigentlich schon morgen stattfinden sollten, sind auf Samstag und die Verhandlungen mit den englischen Linien auf Montag verlegt worden. Die Tage vorher werden die deutschen Gesellschaften noch unter sich zu Verhandlungen benutzen, um ihre eigenen Angelegenheiten zu fördern.

### Versicherungswesen.

— Deutschland, Lebens-Versicherungs-A.-G. zu Berlin. Über das abgelaufene Geschäftsjahr, das 30. der Deutschland, gibt die Gesellschaft die vorläufigen Ergebnisse bekannt. Der Neuzugang an Versicherungen war wiederum ein reger. An Lebens- und Volksversicherungen sind aus neuen Anträgen zu bearbeiten gewesen 24 877 568 M. Versicherungskapital, woraus Versicherungen über 22 889 496 M. ergaben. Der Gesamtbestand Ende 1913 stieg auf rund 176 500 000 M. Der Reinzuschuß beträgt rund 8 760 000 M. Trotz der durch die Entstehung mannigfacher neuer Konkurrenz geschaffenen Schwierigkeiten sind also Fortschritte zu verzeichnen. Die Sterblichkeit verlief nicht ungünstig; sie blieb innerhalb der rechnungsmäßigen Grenzen.

### Marktberichte.

O. Fruchtmarkt zu Frankfurt a. M. vom 18. Febr. Weizen, hiesiger, 19.50 bis 19.75 M., kurhessischer 19.50 bis 19.60 M., Roggen, hiesiger, 16 bis 16.25 M., Gerste, Wetterauer, 16.50 bis 17.25 M., Franken, Pfälzer, Ried 16.50 bis 17.50 M., Hafer, hiesiger, 16.50 bis 17.50 M., Mais 14.80 bis 15 M. Alles per 100 Kilo.

O. Kartoffelmarkt zu Frankfurt a. M. vom 18. Febr. Kartoffeln in Wagenladung 4.50 bis 4.75 M., im Detail 5.50 M. Alles per 100 Kilo.

### Die Abend-Ausgabe umfaßt 12 Seiten.

Beim Abdruck der Artikel: 12 bis 1 Uhr in der politischen Abteilung von 10 bis 11 Uhr



## Kursberichte vom 18. Febr. 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

1 Pfd. Sterling	20.40
1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 Lira	— .80
1 Österr. fl. 1 G.	2. —
1 fl. 8. Whrg.	1.70
1 Österr.-ungar. Krone	— .85
100 fl. Öst. Konv.-Münze	105 fl.-Whrg.
1 skand. Krone	1.12

1 fl. holl.	1.70
1 after Gold-Rubel	3.29
1 Rubel, after Kredit-Rubel	2.16
1 Peso	4.—
1 Dollar	4.20
7 fl. süddeutsche Warg.	12.—
1 sächs. Reichsm.	1.20

## Berliner Börse.

Div.	Bank-Aktien.	In %	Div.	In %	
10 1/2	Berliner Handelsges.	163,30	12	Rheinische Stahlw.	163,30
8 1/2	Commerz- u. Disc.-B.	112,50	10	Riebeck Montan	199,25
10 1/2	Darmstädter Bank	129,80		Rombacher Hüttenw.	162,50
2 1/2	Deutsche Bank	260,40		Wittener Stahlhütten	139,50
8	D. Eff. u. Wechselb.	118,75	Chemische Werke.		
10	Disconto-Commandit.	198,70	30	Albert, Chem. W.	549,50
10 1/2	Dresdner Bank	155,30	25	Bad. Anilin u. Soda.	623.
7	Meininger Hyp.-Bank	142,75	14	Criessheim Elektr.	268.
6 1/2	Mittelb. Creditbank	120,25	30	Höchster Farbwerke	657,50
10 1/2	Nationalb. f. Deutschl.	117,75	15	Milch & Co.	271.
13	Oester. Kreditanst.	199.	12	Rüttgerwerke	201.
5 1/2	Reichsbank	142,25	14	Aug. Wegelin	216.
5	Schaffh. Bankverein	105,50	Elektrizitätsgesellschaften.		
Bahnen und Schifffahrt.			25	Akkumulatoren	344,25
10 1/2	Canada-Pacific	216,75	14	Allgem. Elektr.-Ges.	249,90
6	Baltimore und Ohio	95,50	5	Bergmann Elektr.	126,50
6	Deutsche E.-Betr.-G.	108,50	10	Deutsch. Ueberr.-El.	179,60
9	Hamb.-Am. Paketf.	143,80	10	El. Unterr. Zürich	194.
15	Hansa-Dampfschiff.	294,25	8	Gen. f. elektr. Unterr.	171,30
7 1/2	Niederwaldbahn	—	8	Gen. Allg. Elektr.-G.	158.
5	Nordd. Lloyd	126,40	7 1/2	Schuckert Elektr.	153,50
7	Oester.-Ung. Staatsb.	—	6 1/2	Siemens elektr. Betr.	114,25
0	Oester. Südb. (Lomb.)	22,30	Maschinen- u. Metallindustrie.		
7	Orient. E.-Betr.-G.	—	30	Adler Fahrradw.	385.
6	Pennsylvania	—	10	Bremer Vulkan	177,25
6 1/2	Südd. Eisenbahn-G.	131,50	20	Bruchsal Maschinen	368.
0 1/2	Schauinsl.-Eisenb.	140.	8	Breuer-M. Höchst/M.	—
Brauereien.			18	Dürkopp, Bielef. M.	338.
15	Seibalthers	268.	12	Federst.-Ind. Cassel	135,25
10	Leipz. Bierbr. Riebeck	174,50	8 1/2	Gasmotoren Deutz	125.
0	Wiesbad. Kronenbr.	31,50	20	Kronprinz, Metall.	290.
Bau- u. Tiefbohr-Unternehm.			18	Ludwig Löwe & Co.	326,10
23	Beton- und Monierbau	167,50	10	Frax Meguin & Co.	135,75
23	Deutsche Erdöl-Ges.	251.	14	Orenstein & Koppel	171,50
5	Gebhardt & König	289.	11	Reichm. Metallw.werke	108,10
6	Nesse Boden-A.-G.	93,50	11	Roskoin & Schneider	141,75
Bergwerks-Unternehmungen.			11	Südsia. Eisenwerk	137.
	Aumetz-Friede	160.	18	Ver. D. Nickelwerke	295,75
13	Baroper Walzwerk	188,25	12	Wegelin & Hühner	162,90
13	Bochumer Gußstahl	226,75	Papier- u. Zellstofffabriken.		
11 1/2	Buderus Eisenwerke	113.	28	Ammerdorfer	379.
16	Concordia Bergbau	347.	11	Koschheim Zellulose	126.
10	Deutsch-Luxemb. B.	144,25	12	Vorziner Papierf.	122.
10	Donnermarkthütte	401,80	Textilindustrie.		
10	Eisenwerk Kraft	180,80	20	Meck. Web. Lind.	297.
8	Eisenhütte Thale	232,25	10	Nrdd. Wollkammerei	146,50
8	Eichw. Bergwerk	221,20	30	Ver. Glanzstoff-Fabr.	595,50
8	Geisweider Eisenwerk	163,25	Verschiedene.		
8	Gelsenk. Bergwerk	195,10	0	Adler Portl.-Cement	112,25
8	Harpenzer Bergbau	182,40	25	D. Wall- u. Mnn.-F.	613.
8	Hösch-Eisen u. Stahl	239,90	9	Lindes Eisenwerke	130.
10	Ilsse Bergbau	310.	6	Markt- und Kühlen	97.
10	Königs- u. Laurahütte	164,80	30	Nobel-Dynam.-Trust	179,70
10	Lauchhammer kon.	187,75	18	Porzellanstabr. Kahla	341,50
7 1/2	Leonh. Braunkohlen	156,50	10	Rositzer Zuckerraff.	128.
10	Mannem.-Röbrenw.	212.	24	Spritzbank, A.-O.	448.
1	Mühlb. Bergwerk	175.	18	Ver. Köln Rottweiler	340.
1	Oberschl. Koksw.	240.	South Westfalia Co.		
12	Phönix-Bergb. u. Hütt.	244.	7 1/2	Türkensen	120,25
12	Rhein.-Nass. Bergw.	285.			169.

## Frankfurter Börse

Staats-Papiere.		Zf.	In %
a) Deutsche.			
Zf.		In %	
4.	D. R.-Schatz-Anw.	100.	
4.	D. R.-Anl. unk. 1913	89.20	
3 1/2	D. Reichs-Anleihe	87.30	
3.	do.	76.10	
4.	Pr. Kons. unk. 1918	98.45	
4.	Pr. Schatz-Anw. 1917	98.90	
3 1/2	Preuss. Konsols	87.45	
3.	do.	78.	
4.	Had. Anleihe 1913	87.10	
4.	do. von 1913	97.60	
3 1/2	do. Anl. (abg.)		
3 1/2	do. von 1892 u. 1894	90.50	
3 1/2	do. A. 1902 u. b. 1910	86.40	
3 1/2	do. 1904 unk. h. 1912	86.40	
3.	do. von 1896	74.	
3.	Bayr. E.-B.-A. sk. 06	97.20	
4.	do. E.-u.-A. Anl. 1906	97.10	
3 1/2	do. E.-B. u. A. Anl.	83.90	
3.	do. E.-B. Anleihe	76.	
4.	do. Pfälz. E. B. Prior.	87.	
3.	Elass.-Lothr. Rente	76.70	
3 1/2	Hamb. St.-A. 1900-09	96.70	
3 1/2	do. R. 87, 91, 93, 99, 04	88.70	
3.	do. 86, 97, 02	—	
3.	Gr. Hess. 1899	—	
3.	do. unkh. 1921	87.20	
3 1/2	do. (abg.)	86.40	
3.	do.	74.80	
3.	Sächsische Rente	77.80	
3 1/2	Waldeck-Pyrm. abg.	80.	
3 1/2	Württemberg. unk. 1915	87.90	
3 1/2	do. 1885-95	88.70	
3 1/2	do. 1903	85.20	
3.	do. 1896	77.50	
b) Ausländische.			
I. Europäische.			
5.	Belgische Rente Fr.	77.	
5.	Bulg. Tabak v. 1902	95.	
3.	Fransö. Rente Fr.	87.	
3 1/2	Griech. E.-B. str. 90 Fr.	—	
3 1/2	do. Mon.-Anl. v. 87	52.50	
3.	do. 87 25000	52.50	
3.	Holländ. Anl. v. 90h. fl.	77.60	
3 1/2	Ital. amort. 89, 5.3 u. 4.1	99.70	
3 1/2	cons. str. Rie. I. O.	—	
3 1/2	do. Rente I. O.	—	
4 1/2	Öst. Papierrente 5 fl.	—	
4 1/2	do. Goldrente 5 fl. O.	90.60	
4 1/2	do. Silberrente 5 fl. O.	87.35	
4.	do. einh. Rie. ex. Kr.	83.50	
4.	do. Staats-Rie. 20000	84.	
4 1/2	do. 20,000	—	
4 1/2	Portug. Tab.-Anl. A	87.	
3.	do. unif. 1902 S. III	84.40	
3.	do. S. III (Spec.)	9.55	
3.	Russ. unstr. Rie. v. 03	—	
3.	do. Konv. v. 1900	—	
3.	do. Konv. v. 1891	88.30	
4 1/2	do. amort. Rie. v. 1890	—	
4 1/2	Russ. Staats-Anl. str. 05	99.	
4.	do. Kons.-Anl. 1890	83.30	
4.	do. Gold-G. v. 1899	—	
4.	do. E.-B. S. 12, 1149	—	
4.	do. St.-R. v. 1902 str.	91.40	
4 1/2	do. Konv. A. v. 08 str.	—	
3 1/2	do. Goldanl. 04 str.	80.	
3.	do. 1890 str.	—	
4 1/2	Serb. str. Gold	87.90	
4.	do. amort. v. 1895	79.58	
4.	Türk.-Eg. Bagd. S. I	79.20	
4.	do. Anl. von 1905	73.30	
4.	Türk. Anl. von 1904	73.30	
4.	do. 1911	73.15	
4 1/2	Ung. St.-R. 1913	91.	
4.	do. 1910	82.60	
4 1/2	do. St.-R. v. 97 str. Kr.	73.10	
4.	do. Eis. Tor Gold A	72.	
II. Ausereuropäische.			
5.	Arg. 1907 unk. 1912 Pes.	99.10	
5.	do. 1909 str. ab 1910	99.	
5.	do. Russ. E.-B. I. O. 90	100.10	
5 1/2	do. innere von 1888	—	
5.	do. Russ. G.-A. 1897	—	
5.	Chile-Anl. von 1911	95.95	
4 1/2	Chile Gold-Anl. v. 06	—	
5.	Chin. St.-Anl. v. 1895	—	
5.	Chin. St.-Anl. v. 1896	99.40	
4 1/2	do. St.-E.-B. v. 11 Hk.	92.50	
4.	do. St. E. Tient.-Puk.	92.	
5.	Cuba-St.-A. 04 str. I. O.	100.60	
4 1/2	do. St. I. O. ab 1919	—	
4 1/2	Japan. Anl. S. II	92.35	
4.	do. v. 1905 S. 12-19	—	
5.	Marokko von 1910	102.20	
5.	Mex. am. inn. I-V Pes.	94.75	
4.	do. cons. auß. 99 str.	—	
4.	do. Gold v. 1904 str.	87.	
3.	do. cons. inn. 5000 Pes.	—	
5.	Tamam. [25] Mex. Z.	65.	
5.	Sao Paulo v. 08 I. O.	—	
5.	do. E.-B. in Gold	98.85	
Provinzial- u. Kommunal-Obligationen.			
Zf.		In %	
4.	Rheinpr. 30, 31, 31-34	93.80	
3 1/2	do. 22 u. 23	93.80	
3 1/2	do. 30	93.90	
3 1/2	do. 10, 12-16, 19, 24, 29	95.90	
3 1/2	do. v. 15	84.30	
3.	do. v. 9, 11 u. 14	84.30	
3.	Pr. Oberhess. unstr. 17	92.20	
3.	Pr. Frk. A. M. v. 06 u. 14	96.60	
4.	do. v. 1910 unstr. 1920	—	
4.	do. v. 1911 unstr. 1922	96.60	
3 1/2	do. Lth. N. Q. (abg.)	96.60	
3 1/2	do. Lth. R. von 1886	93.20	
3 1/2	do. Lth. S. (abg.)	90.20	
3 1/2	do. W. v. 98 u. 00	—	
3 1/2	do. Str.-B. v. 1899	—	
3 1/2	do. v. 1901 Abt. I	80.	
3 1/2	do. A. II, III	—	
3 1/2	do. 1903	99.20	
3 1/2	do. 1906 A. I, II	99.20	
3 1/2	do. v. Hachenheim	—	
3 1/2	Berlin von 1880-02	—	
4.	Darmstadt v. 09 u. 16	—	
3 1/2	do. v. 05 am. ab 1910	—	
4.	Grossen v. 1907 u. 1917	94.90	
3 1/2	do. v. 03 ukh. b. 08	—	
3 1/2	Homb. v. M. K. 1880 u. 09	—	
4.	Köln von 1904 u. 08	95.80	
3 1/2	Limburg (abg.)	—	
4.	Mainz 1907 uk. 1916	—	
3 1/2	do. (abg.) 1878 u. 83	—	
3 1/2	do. (abg.) 05 uk. b. 15	95.40	
3 1/2	Mannh. 1912 unk. 17	95.10	
3 1/2	do. 1904-1905	97.30	
3 1/2	Nürnberg v. 12 uk. 47	96.10	
4.	Oldenburg v. 12 uk. 47	—	
4.	Wiesbaden v. 1900-01	—	
4.	do. 1903 uk. 1916	—	
4.	Wiesbaden 1908, 5. I.	95.80	
4.	do. 1908, 5. II. u. 1910	97.50	
4.	do. 1912, 5. III. u. 22	—	
3 1/2	do. (abg.)	—	
3 1/2	do. v. 1897, 96, 98, 02	—	
3 1/2	do. v. 1903 S. I, II	—	
4.	do. Worms v. 1901 u. 07	95.	
4.	Christiania von 1894	97.50	
4.	Köpenh. v. 01 n. II	—	
3 1/2	do. von 1886	87.	
3 1/2	Neapel st. gar. Lire	94.50	
4.	Stockholm v. 1880	—	
6.	St. Benn.-Alr. 1892 Pes.	102.	
5.	do. 1909 I. O. (409) Lt.	98.50	
4 1/2	do. v. 88 I. O.	—	
priv. Bank-Aktien.			
Vorl. Letzt.		In %	
0.	8 1/2 A. Deutsch. Creditan.	129.70	
0 1/2	0 1/2 A. Elsass. Bankges.	120.75	
0 1/2	0 1/2 A. Badische Bank	136.40	
10.	10 B. f. el. Untern. Zür.	194.30	
4.	4. do. Bod.-C.-A. W.	147.40	
2 1/2	2 1/2 do. Handelsb. A. B.	139.	
13 1/2	14 do. Hyp. u. Wechs.	131.	
6 1/2	6 1/2 A. Barmer Bank-V.	117.	
7.	7 A. Berg.-Märk. Bank	132.20	
9 1/2	9 1/2 A. Berl. Handelsg.	—	
10 1/2	10 1/2 A. Berl. Handelsg.	163.50	

## Londoner Börse.

Schlusskurse vom 17. Februar:

Amerikanische Bahnen.		Chartered.		1.
Atchafson Top. common	100.50	De Beers deferred		19.18
Baltimore and Ohio	84.75	East Rand		2.04
Canada Pacific	338.50	Gerduld		1.21
Chicago-Milwaukee	105.	Goers		0.85
Denver u. Rio common	15.25	Goldfields		2.49
Erie common	30.87	Jagersfontein		5.37
Great Western	14.	Middelortstein		12.24
Louisville u. Nashville	140.25	Premiers		9.50
Mis. Kns. Texas	21.62	Rand Mines		6.05
New York Ontario West	30.		Fonds.	
Pennsylvania Railroad	57.62	5 Argentinier von 1900		101.50
Reading	85.75	4 do. von 1897-1900		84.50
Rock Island	7.62	Argent. Navigators.		19
Southern Pacific	89.62	do. preferred		35.
do. Railway common.	28.87	4 Brazilianer von 1899		75.50
Steele common	67.87	3 1/2 Buenos Aires		68.
Transc common	22.75	5 Chinesen von 1906		102.
Union Pacific common	160.62	4 1/2 do. von 1898		84.56
		3 Deutsch. Reichsanleihe		75.
Minen.		2 1/2 Engl. Konsols		70.51
Amalgamated	75.	4 Griech. Mon.		56.
Anacostia	7.62	4 Japaner von 1905		82.
Rio Tinto	71.67	8 1/2 do.		94.
Yang. Cons.	—	3 Ind. Rupees Anl.		84.50
Utah Copp.	11.37			